

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 235

FREITAG, 31. Dez. 1937

Aus dem Inhalt:

Eine Woche Reichsgericht
Hitlerregierung gegen Attlee
Als Karl Marx nach Paris ging
Masaryk und Tolstoj

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Rückblick

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes konnte in Berlin der »Vorwärts« als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wieder erscheinen. Ein Vierteljahrhundert lang erfreute er sich einer ziemlich weitgehenden Pressefreiheit. Zwar war er in allen Amtsstuben verfehmt und auf den Bahnhöfen verboten, und seinen Redakteuren trug der Kampf gegen das persönliche Regiment Wilhelms II. und den Militarismus manche Freiheitsstrafe ein, aber es gab keine Zensur und keine Zeitungsverbote.

Dann kam der Krieg, der für die ganze deutsche Presse eine weitgehende Einschränkung ihrer Freiheit mit sich brachte, besonders für den Teil, der zu dem herrschenden annexionistischen Kurs in Opposition stand. So geriet auch der »Vorwärts« in einen schweren Kampf mit der Zensur, in dem seine Existenz selbst bedroht zu sein schien. Das Bild änderte sich auch nicht, als die Führung der Redaktion an die Mehrheitssozialisten kam. Zwar traten diese für die Bewilligung der Kriegskredite ein, doch waren auch sie entschiedene Gegner der unverantwortlichen Kriegspolitik der OHL. Im Januar 1918 erfolgte ein kurzfristiges Verbot des »Vorwärts«, das zum Signal für den großen Metallarbeiterstreik wurde. Gegen die Redaktion wurde ein Verfahren wegen Hoch- und Landesverrat eröffnet, aber bald wieder eingestellt.

Die Novemberrevolution sollte nach dem Willen der Sozialdemokratie für Deutschland die volle Pressefreiheit bringen. Zunächst aber hatte der »Vorwärts« selbst um seine Pressefreiheit zu kämpfen. Zweimal wurde sein Haus von linksradikalen Gegnern besetzt und das zweitemal nur mit bewaffneter Macht zurückgewonnen. Eine dritte Besetzung erfolgte am 13. März 1920 durch die Kappisten, doch gelang es damals einigen Redakteuren, Eingang in das besetzte Gebäude zu finden, und ein Extrablatt der »verbotenen« Zeitung herauszubringen.

Es kamen zwölf Jahre, in denen der »Vorwärts« von Unterdrückung verschont blieb. Leider war aber auch in jener unruhigen Zeit die volle Pressefreiheit nicht immer aufrecht zu erhalten. Es kam zu kurzfristigen Verboten extrem-linker und extrem-rechter Organe. Der »Vorwärts« trat in solchen Fällen stets für Abkürzung der Verbotsfrist, wenn nicht für Aufhebung des Verbotes selber ein und enthielt sich in der Verbotzeit — nach dem Grundsatz, daß man einen gefesselten Mann nicht schlagen soll — jeder Polemik gegen die Partei, die zum Schweigen gezwungen war.

Mit der Ernennung der Regierung Papen begannen auch für den »Vorwärts« wieder stürmische Zeiten. Im Herbst 1932 wurde er, nach mehrmaligen Verwarnungen, für drei Tage verboten. Hunderttausend Berliner Arbeiter demonstrierten im Lustgarten gegen dieses Verbot.

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Vier Wochen später, am 27. Februar, veranstaltete die Partei im Sportpalast eine Marxfeier, die nach den ersten Worten des Redners der Auflösung verfiel. In ungeheurer Erregung verließen die Arbeiter den Riesensaal, und alsbald widerhallten Straßen und Untergrund-

bahnhöfe von den Rufen der Tausenden:

»Nieder mit Hitler!
Freiheit!«

Die Polizei schritt nicht ein. Sie hatte andere Aufgaben...

Kaum waren die Redakteure des »Vorwärts« aus dem Sportpalast zurückgekehrt und hatten ihre Arbeit aufgenommen, als die Nachricht kam: »Der Reichstag brennt!«

Zwei Stunden später drang Polizei in das Gebäude ein, beschlagnahmte das Blatt — die letzte in Berlin erschienene Nummer — und verkündete ein vorläufiges Verbot, das später in ein dauerndes umgewandelt wurde.

Die Verhandlungen wegen der Herausgabe eines Auslandsorgans der Sozialdemokratischen Partei in Karlsbad waren sofort nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler aufgenommen worden, doch war es damals zu früh, um endgültige Beschlüsse zu fassen. Erst als sich herausgestellt hatte, daß mit dem Wiedererscheinen einer sozialdemokratischen Presse in Deutschland für absehbare Zeit nicht zu rechnen war, erschien am 18. Juni 1933 in Karlsbad die erste Nummer des »Neuen Vorwärts«.

Der »Neue Vorwärts« schrieb damals:

Ein Ruf erhebt sich, der Ruf der vergewaltigten und geknebelten deutschen Arbeiterklasse. Er sollte erstickt werden — man wird ihn dennoch hören. Wir werden sein Sprachrohr sein.

Brutaler Terror verhindert in Deutschland jede politische Tätigkeit. Wir erheben uns gegen die Tyrannei und rufen zum Kampf für die Freiheit.

»Der Marxismus ist tot, die Sozialdemokratie existiert nicht mehr!« verkündet Hitler. »Der Marxismus lebt, der demokratische Sozialismus ist unsterblich!« antworten wir.

Wir täuschen uns nicht über die Schwere der Niederlage, die wir erlitten haben, nicht über die Schärfe des bevorstehenden Kampfes. Aber wenn man uns zumutet, die Niederlage hinzunehmen oder auf den Kampf zu verzichten, so antworten wir: »Niemals!«

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein.

Der Welt die Wahrheit zu sagen und dieser Wahrheit auch den Weg nach Deutschland zu öffnen, ist unsere Aufgabe.

Wir fordern Wiederherstellung des Rechts, Strafgericht über die Verbrecher, Wiedergutmachung des verübten Unrechts.

Wir sind uns aber auch dessen bewußt, daß die Freiheit des Volkes in Zukunft nur gesichert werden kann durch den schärfsten unerbittlichsten Kampf gegen die Feinde dieser Freiheit.

Es gibt keine wahre Demokratie ohne die Herrschaft der Arbeiterklasse! Es gibt keine wahre Demokratie ohne den Sozialismus! Darum fordern wir die Enteignung der Großkapitalisten und Großagraren und den planmäßigen Umbau der kapitalistischen Wirtschaft zu einer sozialistischen.

Wir wollen ein starke, wahrhafte Volksherrschaft, die kämpfende Demokratie, die mit starker Hand alle Anhänger der

Despotie und alle Gewaltorganisationen gegen die Freiheit unterdrückt.

Wir wollen die Sicherung des Rechts und der Freiheit für den einzelnen.

Wir wollen zur Sicherung der Lebensgrundlagen für alle Deutschen eine Eingliederung der deutschen in die europäische Wirtschaft.

Wir wollen nicht den Krieg — wir wollen den Frieden!

Wir rufen zum Kampf, der dem deutschen Volke seine Ehre und seine Freiheit, der Arbeiterklasse ihre schwer errungenen und nur vorübergehend verloren gegangenen Rechte wieder bringen wird. Im Kampfe werden sich neue Formen des Kampfes bilden, werden sich neue Kämpferscharen formieren, werden neue Führer aufsteigen. Ihnen den Weg zu bahnen, betrachten wir als unsere Pflicht.

Auf neuen Wegen zum alten sozialistischen Ziel! Zerbrecht die Ketten! Vorwärts!

So der »Neue Vorwärts« in seiner ersten Ausgabe am 18. Juni 1933.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Menschenrecht und Menschenwürde, kein Völkermord, keine Rassenhetze, keine Unterdrückung und keine Ausbeutung — das war das Programm des »Vorwärts« als er nach dem Fall des Sozialistengesetzes zum erstenmal wieder frei zu den Arbeitern sprach, das war das Programm, für das er während des Krieges und nach dem Kriege kämpfte, das ist das Programm, das er ins Exil getragen hat und das er weitertragen wird, bis sich das Wort erfüllt:

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein!

Frieden durch Wirtschaftspläne?

Beseitigung der Rohstoffnot schafft keine Ruhe!

Die materialistische Geschichtsauffassung hat in letzter Zeit viel neue Anhänger gefunden und es sind recht seltsame darunter. Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse in letzter Instanz die politischen Beziehungen bestimmen, wenn nach einer gelegentlichen Äußerung von Friedrich Engels die Politik nur die komprimierte Ökonomie ist, was liegt dann näher als der Versuch, die leider so schlecht und gefährlich gewordene Politik durch Beseitigung der Wirtschaftsverhältnisse zu hellen, das ganze internationale Weh und Ach aus dem ökonomischen Punkte zu kurieren?

Auf Veranlassung der englischen und der französischen Regierung wurde der Völkerbund wieder einmal mit den Fragen der internationalen Handelsbelebung und der Rohstoffverteilung befaßt, und als Deutschland und Italien vom Völkerbund auch bei dieser Gelegenheit nichts wissen wollten, wurde der damalige belgische Ministerpräsident van Zeeland mit dieser Aufgabe betraut. Schließlich wurde der belgische König selbst zu einem eifrigen Bekenner der materialistischen Geschichtsauffassung. Bei seinem offiziellen Besuch in London legte er seinen Gastgebern in fast leidenschaftlicher Weise nahe, doch im Interesse des Friedens wirtschaftliche Opfer und ausreichende Zugeständnisse zu machen, und seinem früheren Ministerpräsidenten empfahl er, die Schaffung eines unabhängigen internationalen Wirtschaftsrates vorzuschlagen, der dauernd über die Gesundheit der Weltökonomie wachen sollte. Man sieht, die Mäch-

tigen der Erde waren plötzlich der einst so verfeimten Theorie gewonnen und das war um so wunderbarer, als sie wohl kaum je sich mit ihr eingehender beschäftigt haben dürften.

Leider ist die Sache mit der materialistischen Geschichtsauffassung nicht so einfach, wie sich manche alten und alle neuen Anhänger das vorstellen. Gerade einige Erfahrungen der neuesten Zeit sollten da zur Vorsicht mahnen.

Japan hat erst vor kurzer Zeit mit der Eroberung der Mandschurei ein riesiges und ein wenig bevölkertes Rohstoffgebiet erworben, das freilich erst in langer und kostspieliger Arbeit erschlossen werden muß. Aber das hat seine expansiven Tendenzen in keiner Weise abgeschwächt. Im Gegenteil! Seitdem hat es seinen Angriff in die Nordprovinzen Chinas vorgebracht. Und obwohl diese zum Teil über sehr reiche Bodenschätze verfügen, genügt das den Beherrschern Japans keineswegs. Um die Eroberung für alle Zukunft zu schützen, muß ganz China dem beherrschenden Einfluß Japans unterworfen werden. Damit wird erst die Basis gewonnen, um so oder so jeden Einfluß der europäischen Mächte abzuwehren, das neuerrichtete asiatische Riesennetz gegen England und die Vereinigten Staaten sichern zu können. Die Verfügung über die Rohstoffe und Siedlungsgebiete reicht eben nicht aus. Die Rohstoffe müssen in Waffen verwandelt, die Gebiete mit Soldaten bevölkert werden, damit das Reich wirklich gesichert sei. Und da die Erschließung große Mittel erfordert, über die die eigene Wirtschaft auch nach

ihrer riesigen Ausdehnung noch nicht verfügt, so steigert sich das Streben durch weitere, unter Umständen wieder gewaltsame Expansion sich reiche schon erschlossene Gebiete anzueignen, auch solche, die bisher europäischen Nationen oder den Vereinigten Staaten gehören.

Die materialistische Geschichtsauffassung kann zwar durch eine eingehende soziologische Untersuchung die Entstehung des heutigen japanischen Herrschaftsapparats und der ihm eigentümlichen aggressiven und expansiven Politik erklären. Aber es kann ihr nicht beifallen, dann die Eigengesetzlichkeit dieser Politik zu leugnen, die Antriebe zu ignorieren, denen der jetzt verselbständigte Herr-

Der »Neue Vorwärts« erscheint ab Mitte Januar in Paris.

Wir bitten alle unsere Freunde und Leser, eine kurzfristige Verzögerung im Erscheinen des Blattes zu entschuldigen und ihm in der gegenwärtigen schweren Zeit erst recht die Treue zu wahren.

schaftsapparat folgt und folgen muß, um seine Macht über die von ihm unterworfenen Gesellschaft zu behaupten. Das Ausdehnungsstreben ist zu dieser Art Macht notwendig, ihr eingeboren, und sie müßte auf die Macht verzichten, verzichtete sie auf ihren aggressiven Nationalismus, Militarismus und ihre Expansion.

Als Mussolini gegen Abessinien marschierte, da wußte er den Reichtum

Eine Woche Reichsgericht

Ein schuldiger Jude und zwei unschuldige Germanen

Das Reichsgericht hat in ein und derselben Woche zwei Urteile gefällt, die, miteinander verglichen, für die deutschen Rechtszustände im Dritten Reich überaus kennzeichnend sind. Das erste Urteil wurde am 21. Oktober, das zweite am 26. Oktober verkündet.

Fall I.

Tatbestand:

Vor Erlaß der Nürnberger Gesetze lebte der Angeklagte — Jude — mit einer noch nicht 45jährigen arischen Wirtschaftlerin in einer Wohnung. Die Möbel gehörten der Frau. Er zahlte hierfür Miete und außerdem Lohn für die Besorgung des Haushaltes. Nach Erlaß der Nürnberger Gesetze, die es unter Strafe stellen, arische Frauen unter 45 Jahren in einem jüdischen Haushalt zu beschäftigen, nach Erlaß dieser Gesetze, entfernte der Jude sein Wohnungsschild, mietete ein möbliertes Zimmer, schlief dort, zahlte aber der Wirtschaftlerin die Miete weiter und aß auch bei ihr.

Aus den Gründen des Reichsgerichtsurteils vom 21. Oktober 1937 — 5 D 558/37.

Selbst wenn er es auf Grund eines Strafrechtsirrtums nicht für strafbar hielt, kann er nach der ersichtlichen Annahme des Landgerichts doch nicht darüber im Zweifel gewesen sein, daß ein so enges Zusammenleben mit einem deutschen weiblichen Staatsangehörigen deutschen Blutes dem im Blutschutzgesetz verankerten Willen des deutschen Volkes nach scharfer Trennung der deutschen Volksgenossen von den Juden aufs schwerste widerspricht und geeignet sein muß,

scharfste Empörung

der deutschen Volksgenossen hervorzurufen. Schon dieses Verhalten berechtigte das L.-G. zur Verhängung einer

empfindlichen Freiheitsstrafe.

Die Annahme, daß das L.-G. die Strafe nur deshalb so hoch bemessen habe, weil

dringender Verdacht der Rassenschande bestehe, ergibt sich nicht aus dem Urteil. Das L.-G. wäre aber durchaus berechtigt gewesen, auch aus diesem Grunde auf

eine harte Strafe

zu erkennen, da bei der Strafzumessung alle Umstände des Falles berücksichtigt werden müssen, im vorliegenden Falle also auch, daß er

die deutschen Volksgenossen in ihrer Ehre schon dadurch auf das schwerste verletzt

hat, daß er durch ein so enges Zusammenleben mit der Sch. in einer gemeinsamen Wohnung den dringenden Verdacht erregen mußte, er treibe mit ihr Rassenschande, auch wenn dieser Verdacht unbegründet war.

Daran ändert nichts der Umstand, daß der Angeklagte in der Wohnung nachts nicht schlief, sondern zum Schlafen ein möbliertes Zimmer benutzte und vielleicht nur dort polizeilich gemeldet war. Jeder Mensch kann mehrere Wohnungen haben, jede bildet dann seinen Haushalt im Sinne des § 3 Bl. Sch.-G.

Auch der Umstand, daß die Möbel der gemeinsamen Wohnung schon vor Erlaß der Nürnberger Gesetze der Sch. gehörten, schließt nicht aus, daß die gemeinsame Wohnung auch der Haushalt des Angeklagten war. Auch bei Eheleuten gehören die Möbel oft nur der Ehefrau.

Fall II.

Tatbestand:

Zwei arische Männer tun einer geisteskranken Frau, von der sie wissen, daß sie nicht Herrin ihrer Sinne ist, gemeinsam Gewalt an.

Aus den Gründen des Reichsgerichtsurteils vom 26. Oktober — 4 D 695/37.

In sachlicher Beziehung weist das angefochtene Urteil Mängel auf, die zur Aufhebung bezüglich beider Angeklagten führen

müssen. Allerdings ist die Geisteskrankheit der angeblich mißbrauchten Frauensperson Anna O. genügend festgestellt. In subjektiver Beziehung wird aber nur gesagt, die Angeklagten hätten sehr wohl gewußt, daß die Anna O. geistig beschränkt sei. Zu einer Bestrafung nach § 176, Ziff. 2 St.-G.-B., ist es erforderlich, daß der Täter weiß, entweder daß die Frauensperson im eigentlichen Sinne geisteskrank ist oder doch, daß ihre Geisteschwäche einen solchen Grad erreicht hat, daß sie infolge ihres Geisteszustandes außerstande ist, zwischen einer dem Sittengesetze entsprechenden und einer ihm widerstehenden Befriedigung des Geschlechtstriebs zu unterscheiden.

Endlich läßt auch die Wendung in den Strafzumessungsgründen, die Strafe hätte mit Rücksicht auf die Gemeinheit der Handlungweise der Angeklagten empfindlich gestaltet werden müssen, einen

Rechtsirrtum

vermuten. Die Schändung einer geisteskranken Frauensperson ist ihrem Wesen nach immer eine gemeine Handlungweise. Dies kommt aber schon im gesetzlichen Strafrahmen zum Ausdruck. Als strafschärfend kann daher nur ein Umstand gewertet werden, der die zur Aburteilung stehende Tat als außergewöhnlich niedrig und verächtlich kennzeichnet.

Gerade in einem Falle wie dem vorliegenden, in dem der Hergang der Handlung beim Bestreiten der Angeklagten und dem Schweigen der geisteskranken Zeugin nur aus Anzeichen geschlossen werden kann, genügt eine Feststellung der Täterschaft durch eine solche formelhafte Wendung allein nicht. Es muß festgestellt werden, ob beide Angeklagte den Baischlag ausführen wollten... Vielmehr muß bei unbeheblichen Zweifeln nach einem allgemeinen strafrechtlichen Grundsatz die leichtere Form angenommen werden.

nicht, in wie hohem Maße die Verselbständigung der Staatsapparate eingetreten ist und verfallen daher der Illusion, Machtgegenseitigkeiten, die sich bereits außerordentlich befestigt haben, mit Mitteln lösen zu können, die diese Macht nicht schwächen, sondern erst recht stärken müssen. Die neuen Bekenner müssen deshalb von den alten Anhängern der materialistischen Geschichtsauffassung noch einiges lernen. Aber das Lehrgeld, das ja die Völker bezahlen müssen, ist furchtbar hoch.

Dr. Richard Kern.

Speisezettel für 1938

Von zuständiger Seite werden Ernährungsrichtlinien für die Verbrauchslenkung im Jahre 1938 veröffentlicht. Ein verstärkter Verbrauch ist allgemein erwünscht bei

Kartoffeln, Fischen, Marmelade, Kunsthonig, entrahmter Frischmilch, auch in Form von Trockenmilchpulver, Buttermilch, Eiweißkäse.

Darüber hinaus sind besonders folgende Nahrungsmittel zu bevorzugen:

Grünkohl, Kohlrübe, Salzheringe, Haferflocken.

Eine Verminderung des Verbrauchs muß eintreten bei

Butter, Schmalz, Speck, Schweinefleisch, Margarine, Speiseöl und Fett, Fettkäse, Weizenbrot und Eiern.

Hitlerregierung gegen Attlee

Ihm soll der Rundfunk gesperrt werden.

In der ersten Zeit der Naziherrschaft war das Umwerben der englischen Arbeiterpartei große Mode. Allmählich aber hat man eingesehen, daß man mit dem Sonderling Lansbury und einigen eingänglichen Labourlords keine Politik machen kann und daß es naiv war, Hoffnungen auf eine Partei zu setzen, die in ihrer Geisteshaltung der absolute Widerpart des Nazismus ist. Seitdem ist das Schimpfen auf die englischen »Marxisten« im Dritten Reich ebenso landesüblich geworden, wie es vordem die Lohnduelle für Labour gewesen sind. Die Nazi setzen jetzt ihre ganze Hoffnung auf die konservative englische Regierung, mit deren Diensten in Mitteleuropa sie offenbar recht zufrieden sind, und sind

sehr schlecht zu sprechen auf die englische Opposition.

Besonders genießt der Führer der Arbeiteroppositionen, Attlee, die verdiente Ehre, vom unbändigen Haß der Nazi verfolgt zu werden. Seine letzten Reden im Unterhaus und im englischen Rundfunk haben sozusagen dem Faß den Boden ausgeschlagen, so daß sich »sein Unrat« in Sätzen der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« wie den folgenden ergießt:

Attlee stellt nun in seiner Unterhausrede die Behauptung auf, daß die rotspanische Regierung von Tausenden guter Katholiken unterstützt werde. Das ist eine wirklich freche Lüge, die durch den Rundfunk sogar nach Amerika verbreitet worden ist. Daß dieser Mann, der mit solchen Mitteln arbeitet, in der Lage ist, in Rundfunkreden in England und Amerika für die spanischen Bolschewisten Propaganda zu machen, ist eine Angelegenheit, mit der sich die Regierung in Downing Street beschäftigen sollte. Da in diesen Reden Angriffe auf Deutschland und Italien gemacht werden, ist der Fall Attlee nicht mehr eine innerparlamentarische Angelegenheit des englischen Volkes, sondern eine Belastung der internationalen Beziehungen. Der Pazifist Attlee fordert die demokratischen Staaten auf, die autoritären zu überfallen. Daß solchen Kriegshetzern der Propagandaapparat des Rundfunks zur Verfügung gestellt wird, einen solchen Mißbrauch zu verhindern, dafür sollte es doch auch in solchen Ländern, die auf ihre »demokratischen Freiheiten« stolz sind, gesetzliche Mittel geben.

Nur deutschen Zeitungslasern, die von der Welt abgeschnitten sind, kann man Behauptungen vorsetzen, wie, daß auf Seiten der spanischen Republik keine guten Katholiken stehen, daß Propaganda für den Verteidigungskampf der spanischen Freiheit Propaganda für die »Bolschewisten« ist und daß der Führer der pazifistischen Arbeiterpartei Attlee die demokratischen Staaten auffordere, die autoritären zu »überfallen«. Außerhalb Deutschlands weiß jedermann, wo die »wirklich frechen Lügen« und wo die sichtbaren Tatsachen sind.

Was übrig bleibt ist, daß die Hitlerregierung über den unbequemen Wahrheitakünder Attlee sehr erobert ist, daß sie gegen ihn ihre Pressemoute losgelassen hat und daß sie von der englischen Regierung einen Maulkorb für ihn verlangt.

Der Betrüger als Ehrenmann!

Vor der 8. Berliner Strafkammer stand eine Betrügerbande, deren Führer schon wegen Betrugs abgeurteilt worden war. Wieder wurden ihm acht Fälle von Betrug nachgewiesen. Auch ein armes Dienstmädchen prellte er um seine Ersparnisse. »Wenn auch vom formaljuristischen Standpunkt aus unter Berücksichtigung des Rückfalls eine Zuchthausstrafe möglich gewesen wäre...« so sagt der Verhandlungsbericht einer Nazi-Zeitung, wurde der Betrüger nur zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt, und ihm außerdem die Untersuchungshaft weitgehend angerechnet. Außerdem gelangte die Strafkammer zu der Ueberzeugung, daß »der Angeklagte wohl ein Betrüger, aber kein gemeiner Verbrecher sei, weshalb ihm auch nicht die bürgerlichen Ehrenrechte abgesprochen wurden.

Warum die plötzliche Milde nationalsozialistischer Richter, die deutsche Arbeiter wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung ins Zuchthaus schicken?

Nun — dieser Hauptangeklagte war früher ein zaristischer Offizier und gehört offenbar zu jener von der NSDAP ausgehaltenen Truppe, die von Berlin aus Sowjetrußland stürzen soll. Der Gerichtsvorsitzende lobte an dem Betrüger, daß er auch »noch während seiner letzten Straftaten seine frühere anständige Gesinnung verraten habe...«

So sind im Dritten Reich abgefeimte Betrüger Ehrenmänner — deutsche gesinnungstreue Arbeiter aber gemeine Verbrecher!

Haus stürzt ein

Ursache: Mangelhaftes Material.

Das Schöffengericht in Königsberg hat einen Bauunternehmer zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, weil ihm ein Neubau in Juditten eingestürzt ist. Die Strafkammer als Berufungsinstanz setzte die Strafe zwar herab, ließ es aber bei der Verurteilung. In der Begründung heißt es:

Nicht Konstruktionsfehler, wohl aber mangelhaftes Material sind die Ursachen des Einsturzes gewesen. Der Bauunternehmer hat fahrlässig gehandelt, weil er den Bau nicht genügend beaufsichtigte.

Nach der Meinung des Berufungsgerichts hätte er dem ausführenden Architekten sagen müssen, das zugestellte Material sei schlecht. Hätte er es gesagt, wer weiß, ob er heute nicht im Konzentrationslager säße. So erhielt er nur eine Geldstrafe von 600 Mark, ersatzweise 60 Tage Gefängnis. Der Mann hat wie ein vorsichtiger Hausvater gehandelt.

Als Karl Marx nach Paris ging

Aus der Geschichte des deutschen Elends

Am 31. März 1843 hat die »Rheinische Zeitung« in Köln auf Befehl der drei preußischen Zensurminister ihr Erscheinen einstellen müssen. Von den Hauptern der liberalen rheinischen Opposition am 1. Januar 1842 ins Leben gerufen, führte das Blatt einen schneidigen Kampf gegen die preußische Reaktion. An seiner Spitze stand seit Herbst 1842 der damals 24jährige Karl Marx, der sich nach Abschluß seiner Universitätsstudien in kurzer Zeit zu einem glänzenden Journalisten entwickelt hatte. Nach dem Verbot der »Rheinischen Zeitung«, das auf direktes Betreiben des Zaren Nikolaus I. erfolgt war, ging Marx im Einvernehmen mit dem Kreis der Junghegelianer, dem er angehörte, daran, ein Organ der Opposition im Auslande zu schaffen, das der »Selbstverständigung der Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche« dienen sollte. Als ein solches Organ erschienen im März 1844 in Paris die »Deutsch-französischen Jahrbücher«, herausgegeben von Arnold Ruge und Karl Marx. In ihrer Lieferung 1—2 (weitere sind nicht erschienen) ist ein Briefwechsel abgedruckt, der zwischen den führenden Köpfen der Junghegelianer (Ruge, Marx, Feuerbach und Bakunin) vor der Herausgabe der Zeitschrift geführt wurde. Die Lektüre dieser Briefe wirkt so aktuell, als ob sie heute geschrieben wären. Wier geben nachstehend die wichtigsten Stellen aus ihnen wieder.

Marx an Ruge.

Auf der Treckschuit nach D., im März 1843.

»Ich reise jetzt in Holland. Soviel ich aus den hiesigen und französischen Zeitungen sehe, ist Deutschland tief in den Dreck hineingeritten und wird es noch immer mehr. Ich versichere Sie, wenn man auch nichts weniger als Nationalstolz fühlt, so fühlt man doch Nationalstolz, sogar in Holland. Der kleinste Holländer ist noch ein Staatsbürger gegen den größten Deutschen. Und die Urteile der Ausländer über die preußische Regierung! Es herrscht eine erschreckende Übereinstimmung: Niemand täuscht sich mehr über dieses System und seine einfache Natur...

Sie sehen mich lächelnd an und fragen, was ist damit gewonnen? Aus Scham macht man keine Revolution. Ich antworte: Die Scham ist schon eine Revolution; sie ist wirklich der Sieg der französischen Revolution über den deutschen Patriotismus, durch den sie 1813 besiegt wurde. Scham ist eine Art Zorn, der in sich gekehrt. Und wenn eine ganze Nation sich wirklich schämte, so wäre sie der Löwe, der sich zum Sprünge in sich zurückzieht... Der Staat ist ein zu ernstes Ding, um zu einer Harlekine gemacht zu werden. Man könnte vielleicht ein Schiff voll Narren eine gute Weile vor dem Winde treiben lassen; aber seinem Schicksal trüb er entgegen eben darum, weil die Narren dies nicht glauben. Dieses Schicksal ist die Revolution, die uns bevorsteht.

Ruge an Marx.

Berlin, im März 1843.

»... Wir werden eine politische Revolution erleben? Wir, die Zeitgenossen dieser Deutschen? Mein Freund, Sie glauben, was Sie wünschen. O, ich kenne das! Es ist sehr süß, zu hoffen, und sehr bitter, alle Täuschungen abzutun. Es gehört mehr Mut zur Verzweiflung, als zur Hoffnung. Aber es ist der Mut der Vernunft, und wird sind an dem Punkte angekommen, wo wir uns nicht mehr täuschen dürfen...

Ich will ein Volk sehen, das ohne alle anderen Völker seine Schmach fühlt; ich nenne Revolution die Umkehr aller Herzen und die Erhebung aller Hände für die Ehre des freien Menschen, für den freien Staat, der keinem Herrn gehört, sondern das öffentliche Wesen selbst ist, das nur sich angehört. So weit bringen es die Deutschen nie. Sie sind längst historisch zugrunde gegangen... Ist ein einziger so töricht, unsere Speißbürger und ihre unvergängliche Schafgeduld zu verkennen? — Fünfzig Jahre nach der französischen Revolution und die Erneuerung aller Unverschämtheiten des alten Despotismus, das haben wir erlebt. Sagen Sie nicht, das 19. Jahrhundert erträgt ihn nicht. Die Deutschen haben dies Problem gelöst. Sie ertragen ihn nicht nur, sie ertragen ihn mit Patriotismus, und wir, die wir darüber erröten, gerade wir wissen, daß sie ihn verdienen...

Marx an Ruge.

Köln, im Mai 1843.

»Ihr Brief, mein teurer Freund, ist eine gute Elegie, ein atemversetzender Grabgesang; aber politisch ist er ganz und gar

nicht... Laßt die Toten ihre Toten begraben und beklagen. Dagegen ist es beneidenswert, die Ersten zu sein, die lebendig ins neue Leben eingehen; dies soll unser Los sein.

Es ist wahr, die alte Welt gehört dem Philister. Aber wir dürfen ihn nicht wie einen Popanz behandeln, von dem man sich ängstlich wegwendet. Wir müssen ihn vielmehr genau ins Auge fassen. Es lohnt sich, diesen Herrn der Welt zu studieren...

Von unserer Seite muß die alte Welt vollkommene ans Tageslicht gezogen und die neue positiv ausgebildet werden. Je länger die Ereignisse der denkenden Menschheit Zeit lassen, sich zu besinnen, und der leidenden, sich zu sammeln, um so vollendet wird das Produkt in die Welt treten, welches die Gegenwart in ihrem Schoße trägt.

Bakunin an Ruge.

Petersinsel im Bielesee, im Mai 1843.

»Ihren Brief aus Berlin hat mir unser Freund M. mitgeteilt. Sie scheinen über Deutschland unmutig geworden zu sein. Sie sehen nur die Familie und den Philister, der in ihre engen vier Pfähle mit all seinen Gedanken und Wünschen eingepfercht ist, und wollen an den Frühling nicht glauben, der ihn hervorlocken wird. Lieber Freund, verlieren Sie nur den Glauben nicht, nur Sie nicht. Bedenken Sie, ich, der Russe, der Barbar, geb' ihn nicht auf, ich gebe Deutschland nicht auf, und Sie, der Sie mitten in seiner Bewegung stehen, Sie, der Sie die Anfänge derselben erlebt haben und von ihrem Aufschwung überrascht wurden, Sie wollen jetzt dieselben Gedanken zur Ohnmacht verurteilen, denen Sie früher, als ihre Macht noch nicht erprobt war, alles zutrauten? O, ich geb' es zu, es ist noch weithin, bis das deutsche 1789 tagt! Wann wären die Deutschen nicht um Jahrhunderte zurück gewesen? Aber es ist darum jetzt nicht die Zeit, die Hände in den Schoß zu legen und feig zu verzweifeln. Wenn Männer, wie Sie, nicht mehr an Deutschlands Zukunft glauben, nicht mehr an ihr arbeiten wollen, wer wird denn glauben, wer handeln?«

Feuerbach an Ruge.

Bruckberg, im Juni 1843.

»... Wir kommen in Deutschland so bald auf keinen grünen Zweig. Es ist alles in Grund und Boden hinein verdorben, das eine auf diese, das andere auf jene Weise. Neue Menschen brauchen wir. Aber sie kommen diesmal nicht, wie bei der Völkerwanderung, aus den Sümpfen und Wäldern, aus unseren Lenden müssen wir sie erzeugen. Und dem neuen Geschlecht muß die neue Welt zugeführt werden in Gedanken und in Gedicht. Alles ist von Grund aus zu erschöpfen. Eine Riesearbeit vieler vereinten Kräfte. Kein Faden soll am alten Regimente ganz bleiben...

Ruge an Marx.

Paris, im August 1843.

»Der neue Anacharsis (Bakunin) und der neue Philosoph (Feuerbach) haben mich überzeugt... Wir wollen hier in Paris ein Organ gründen, in dem wir uns selbst und ganz Deutschland völlig frei und mit unerbittlicher Aufrichtigkeit beurteilen. Nur das ist eine wirkliche Verjüngung, es ist ein neues Prinzip, eine neue Stellung, eine Befreiung von dem engherzigen Wesen des Nationalismus und ein scharfer Gegenstoß gegen die brutale Reaktion der wüsten Volkstüme, welche mit dem Tyrannen Napoleon auch den Humanismus der Revolution verschlungen...

Marx an Ruge.

Kreuznach, im September 1843.

»Es freut mich, daß Sie entschlossen sind und von den Rückblicken auf das Vergangene Ihre Gedanken zu einem neuen Unternehmen vorwärtswenden. Also in Paris, der alten Hochschule der Philosophie und der neuen Hauptstadt der neuen Welt. Was notwendig ist, das fügt sich. Ich zweifle daher nicht, daß sich alle Hindernisse, deren Gewicht ich nicht verkenne, beseitigen lassen...

Größer noch als die äußeren Hindernisse scheinen beinahe die inneren Schwierigkeiten zu sein. Denn wenn auch kein Zweifel über das »Woher«, so herrscht desto mehr Konfusion über das »Wohin«. Nicht nur, daß eine allgemeine Anarchie unter den Reformern ausgebrochen ist, so wird jeder sich selbst gestehen müssen, daß er keine exakte Anschauung von dem hat, was werden soll. In dessen ist gerade wieder der Vorzug der neuen Richtung, daß wir nicht dogmatisch die Welt antizipieren (vorwegnehmen), sondern erst aus der Kritik der alten Welt die neue finden wollen.

Es hindert uns also nichts, unsere Kritik an die Kritik der Politik, an die Partei-

nahme in der Politik, also an wirkliche Kämpfe anzuknüpfen und mit ihnen zu identifizieren. Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier knie nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien. Wir sagen ihr nicht: laß ab von deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug, wir wollen dir die wahre Parole des Kampfes zuschreiben. Wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft, und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen muß, wenn sie auch nicht will.

Die Reform des Bewußtseins besteht nur darin, daß man die Welt ihr Bewußtsein inne werden läßt, daß man sie aus dem Traum über sich selbst aufweckt, daß man ihre eigenen Aktionen ihr erklärt. Unser ganzer Zweck kann in nichts anderem bestehen, wie dies auch bei Feuerbachs Kritik der Religion der Fall ist, als daß die religiösen und politischen Fragen in die selbstbewußte menschliche Form gebracht werden.

Unser Wahlspruch muß also sein: Reform des Bewußtseins nicht durch Dogmen, sondern durch Analyse des mythischen, sich selbst unklaren Bewußtseins, trete es nun religiös oder politisch auf. Es wird sich dann zeigen, daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen. Es wird sich zeigen, daß es sich nicht um einen großen Gedankenstrich zwischen Vergangenheit und Zukunft handelt, sondern um die Vollziehung der Gedanken der Vergangenheit. Es wird sich endlich zeigen, daß die Menschheit keine neue Arbeit beginnt, sondern mit Bewußtsein ihre alte Arbeit zustande bringt...

94 Jahre sind verstrichen, seit diese Briefe geschrieben wurden. Die Gedanken, die sie enthalten, beleuchteten den Weg, den die Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus und die moderne Arbeiterbewegung in den nachfolgenden Jahren und Jahrzehnten durchschritten. Sie leuchten auch heute in die Finsternis hinein, in die die faschistische Konterrevolution große Teile Europas gestürzt hat. Für uns, die Schüler von Karl Marx, gilt auch heute sein Wort, daß wir an w i r k l i c h e K ä m p f e anknüpfen müssen, um der Welt das Bewußtsein zu geben, wofür sie eigentlich kämpft, und daß wir unsere Kräfte s a m m e l n müssen, um die Geburtswunden der Geschichte, deren Zeugen wir sind, umso schneller zum Abschluß bringen zu können.

A. S.

Ludendorff und Lenin

Bolschewismus als Kriegsimport.

In vielen Zeitungen — natürlich nur außerhalb des Dritten Reiches — ist aus Anlaß des Todes von Ludendorff auf die Verdienste hingewiesen worden, die sich der Tote um das Emporkommen des Bolschewismus in Rußland erworben hat. Man hat dabei oft die Dinge so dargestellt, als ob Ludendorff selber der Urheber der Idee gewesen sei, die Bolschewikführer aus der Schweiz nach Rußland zu bringen, um mit ihrer Hilfe die ententefreundliche Kerenski-Regierung zu stürzen.

In Wirklichkeit stammte der Plan von dem russischen Sozialdemokraten Dr. Helphand, der unter dem Namen »Parvus« auch in der deutschen Sozialdemokratie eine bedeutende Rolle spielte und der während des Krieges mit großer Entschiedenheit auf Seiten Deutschlands stand. Der Plan erhielt die Billigung Ludendorffs und wurde mit Hilfe der Vorstandmitglieder der Generalkommission der Gewerkschaften, Wilhelm Jansson, eines geborenen Schweden, ausgeführt. Jansson holte die Russen aus der Schweiz ab und geleitete sie durch Deutschland.

Von den Hauptakteuren dieser geschichtlich denkwürdigen Reise ist nun Trotzki der letzte Überlebende.

Wie groß oder wie klein der Anteil Ludendorffs an der Reise der Bolschewikführer nach Rußland war, sicher ist, daß ohne seine Zustimmung der Plan nicht hätte ausgeführt werden können. Bestehen bleibt das große weltgeschichtliche Paradoxon: Ohne Ludendorff keine bolschewistische Revolution!

Deutcher Nationalfordismus

Nazi gegen Arbeiterfreiheit — auch in Amerika!

Das Bundesschiedungsamt der Vereinigten Staaten hat im Streit Henry Ford mit den Gewerkschaften einen Spruch von größter grundsätzlicher Bedeutung gefällt. Ford, der sich das Recht herausgenommen hatte, ge-

werkschaftlich organisierte Arbeiter von seinen Betrieben fernzuhalten, wird durch diesen Spruch gezwungen, der gewerkschaftlichen Organisation seiner Arbeiter kein Hindernis mehr in den Weg zu legen.

Es ist kennzeichnend, daß dieser Spruch an zwei Stellen die größte Wut hervorgerufen hat: bei den reaktionärsten Scharfmachern des amerikanischen Unternehmertums und — den deutschen Nazi. Der »Völkische Beobachter« überschlägt sich geradezu, wenn er die Unheilsbotschaft aus dem Westen mit zwei dicken Balkenzeilen verkründet:

Wo bleibt die demokratische Freiheit!

Gewerkschaftsdiktatur gegen Henry Ford.

Darunter liest man dann die Meldung mit diesem Kommentar:

Es ist selbstverständlich nicht unsere Aufgabe, in dem Konflikt zwischen dem Rooseveltschen Regierungsmann und Henry Ford zu entscheiden, auf welcher Seite das Recht liegt. Was man uns aber wohl nicht übernehmen wird, ist die Feststellung, wieviel Auslegungen des Begriffes »demokratische Freiheit« es auch in einem so »demokratischen« Lande wie den Vereinigten Staaten von Nordamerika geben kann. Würde z. B. in Deutschland oder in Italien einem Unternehmer der »Befehl« gegeben, sich etwa gewissen Absichten der Deutschen Arbeitsfront zu beugen, dann ist das natürlich »verwerflicher Faschismus« und ein »unerhörter Eingriff in die persönliche Freiheit«. Bekommt aber Henry Ford den Befehl, sich künftig dem Diktat der Lewis-Gewerkschaften zu beugen, dann ist das ein »Akt demokratischer Wohlfahrt gegenüber der Arbeiterschaft«. Unterschiede müssen ja wohl sein!

O ja, Unterschiede gibt es die schwere Menge! Erstens haben die Demokraten, die regierende Partei Amerikas, keinen Reichstag angezündet, zweitens hat die Regierung Roosevelts keinen Staatsstreik begangen, drittens ist der Amerikaner ein freier Bürger und kein dressierter Pudelmann, viertens sind die amerikanischen Gewerkschaften wirkliche Gewerkschaften, die auf freiem Zusammenschluß ihrer Mitglieder beruhen und nicht auf »weltanschauliche Ausrichtung« bedachte Zwangsorganisationen. Fünftens ist das amerikanische Bundesschiedungsamt eine Einrichtung ähnlich jener, die einst in der Deutschen Republik zum Nutzen der Arbeiterschaft gewirkt hat und die von den Nazi mit dem Gewerkschaften vernichtet worden ist; es hat also nicht die geringste Ähnlichkeit mit dem Interesse des Staates als Auftraggeber und der übrigen Unternehmer dienenden Arbeitsbehörden des Dritten Reichs. Kurz, zwischen ihnen und drüben ist ein Unterschied wie zwischen Weiß und Schwarz, Himmel und Hölle und Tag und Nacht.

Die Naziartei aber würde sich statt »nationalsozialistische« richtiger »nationalfordistische« nennen. Indem sie für den Kapitalismus in seiner abtötendsten Form, gegen die Freiheit der amerikanischen Arbeiter Partei ergreift, enthüllt sie noch einmal ihr wahres Gesicht.

»Presserfrieden« auch mit Polen?

Das Warschauer Blatt »Kurjer Polski« hat sich kürzlich erlaubt, aus einem ausländischen Blatt Enthüllungen über die Weltpropaganda des Nazismus abzdrukken. Ueber diese Vermessensheit ist das Zentralorgan der NSDAP, der »Völkische Beobachter«, so ergrimmt, daß er im Befehlshaberton ein Einschreiten gegen das schuldige Blatt fordert:

Gerade angesichts der auf der politischen Ebene vollkommen geklärten deutsch-polnischen Beziehungen muß hier die Frage erhoben werden, welche Kreise an solchen offensichtlichen Provokationen ein Interesse haben, und ob es keine Mittel gibt, ihnen das Handwerk zu legen. Denn es handelt sich bei den Herren vom »Kurjer Polski« ja ganz offensichtlich nicht um polnische Patrioten, die von ihrem Vaterland eine Gefahr fernhalten wollen, sondern um Hetzer, die trotz besserer Kenntnis immer wieder neue Versuche unternehmen, die Beziehungen zwischen den Völkern zu vergiften. Einer solchen Arbeit gegenüber versagt das Schlagwort von der demokratischen Pressefreiheit. Hier muß gehandelt werden, wenn nicht höhere Interessen aufs Spiel gesetzt werden sollen.

Konsequenterweise müßte der »Völkische Beobachter« eigentlich von der englischen Regierung ein Verbot des »Daily Herald«, des Blattes der englischen Arbeiterpartei verlangen, das die Quelle der vom »Kurjer Polski« abgedruckten Enthüllungen ist.

Aber so weit ist man noch nicht. Das kommt erst später.

Zwischen Göring und Van Zeeland

Der Kurs der deutschen Wirtschaftspolitik

Im Dezemberheft des »Vierjahresplans« veröffentlichte Göring einen Artikel, der geeignet ist, denjenigen eine starke Enttäuschung zu bereiten, die auf ein Abschwanken Deutschlands von der Autarkiepolitik gerechnet hatten. Göring läßt keinen Zweifel daran, daß nach dem Ausscheiden Schachts der Autarkiekurs erst recht mit größter Entschiedenheit weiter verfolgt werden soll. In Zukunft, meint Göring, werde es keinen Leerlauf und vor allem »keinen Doppelauf« mehr geben, sondern das Reichswirtschaftsministerium werde künftig als verantwortliches Exekutivorgan eine »reibungslose Durchführung des Vierjahresplans« gewährleisten.

Bisher hat es also Doppelläufe und Reibungen gegeben. Durch das Ausscheiden Schachts sollen sie beseitigt sein.

Göring entwickelt dann in seinem Artikel auch eine besondere Wirtschaftstheorie. Die Wirtschaft, sagt er, müsse sich darüber klar sein, daß auch sie selbst letztlich nur von der Erfüllung der ihr übertragenen großen Gemeinschaftsaufgaben lebe und nicht von den Ueberschüssen auf den einzelnen Gewinn- und Verlustkonten. Je mehr die Wirtschaft der Führung dabei aus eigenem Antrieb Folge leiste und in eigener Verantwortung und echter Selbstverwaltung die ihr übertragenen Aufgaben erfülle, um so größer werde dann nicht nur der materielle und wirtschaftliche Erfolg sein, um so mehr werde darüber hinaus auch der Leitsatz des Führers: »Die Wirtschaft dient dem Volke«. Gestalt gewinnen und Wirklichkeit werden.

So also Hermann Göring. Hätte er Nationalökonomie studiert oder überhaupt etwas gelernt, so würde er wissen, daß der Satz: »Die Wirtschaft dient dem Volke« keine Erfindung des »Führers«, sondern eine uralte Banalität ist. Auch die Lobredner des Kapitalismus versichern, daß die von ihnen gepriesene Wirtschaftsform diejenige sei, die dem Volke am besten diene, und die Kapitalisten glauben, dem Volke am besten zu dienen, wenn sie am ertragreichsten wirtschaften.

Uebrigens sind die »Ueberschüsse« auf den einzelnen Gewinn- und Verlustkonten, von denen Göring ebenso unklar wie verächtlich spricht, auch in einer sozialistischen Wirtschaft nicht ohne Bedeutung.

Die Sozialisten freilich — die wirklichen, nicht die wertlosen, nachgemachten — sind stets der Meinung gewesen, das Ziel der Wirtschaft müsse eine möglichst reichliche Bedarfsdeckung sein, das heißt, es müsse für den Bedarf eines jeden Menschen an Nahrung, Wohnung, Kleidung, Bildungsmöglichkeiten usw. so gut wie möglich gesorgt sein. Göring ist weit davon entfernt, so »materialistische« Wirtschaftsziele aufzustellen. Nicht für ein menschenwürdiges Dasein hat die Wirtschaft zu sorgen, sondern für die Erfüllung der ihr gestellten »Gemeinschaftsaufgaben«, das heißt für die Vorbereitung Deutschlands auf den totalen Krieg. Görings Artikel ist eine theoretische Verbrämung des Satzes: »Kanonen sind wichtiger als Butter.«

Gegen diesen Kurs — an dem er selber reichlich mitschuldig, ja wohl der Hauptschuldige ist — wendet sich nun Schacht in der Zeitschrift »Der deutsche Volkswirt« mit überraschender Deutlichkeit. Schacht erinnert daran, daß die Wirtschaft in die Krise von 1929 immerhin mit großen Reserven eingegangen ist, und daß solche Reserven jetzt nicht mehr vorhanden sind. Kein Wunder, daß dem Hexenmeister, der mit dem Mittel seiner verkapselten Inflation eine zweifelhaft »Wirtschaftsbiller« hervorgezaubert hat, jetzt vor den Geistern, die er selber tief, angst und bang wird. Schacht schreibt:

»Ich glaube, man darf nicht mehr Zeit versäumen, um eine internationale Aufbaupolitik kräftig in Angriff zu nehmen. Gewiß, man hat Jahre hindurch der Entwicklung ihren Lauf gelassen und es ist relativ gut dabei gegangen. Aber das beweist noch nicht, daß es auch weiterhin gut gehen muß. Im Gegenteil, so wie die Dinge heute liegen, wird diese bequeme Methode zunehmend gefährlich.«

So scheint es, daß Schacht, der einst das Wort prägte, »Wir sitzen alle in einem Boot«, sich nach einem Rettungsschiff umsieht. Vermutlich gelten seine Notsignale dem früheren belgischen Ministerpräsidenten Van Zeeland, der seinen ihm von England und Frankreich erteilten Auftrag ausgeführt und einen Bericht über die Weltwirtschaftslage mit Vorschlägen zu ihrer Besserung verfaßt hat. Der Bericht soll demnächst veröffentlicht werden, und es läßt sich voraussehen, daß in Deutschland, — wenn nicht vor, so doch hinter den Kulissen — ein großer Kampf um ihn entbrennen wird. Zehnjähriger Zollwaffenstillstand, Abschaffung der Clearings, Mobilisierung der eingefrorenen Kredite — solche Vorschläge, wie sie der Zeelandplan enthalten soll, wären für Deutschland ohne einen weitgehenden Kurswechsel der Wirtschaft unmöglich. Die angeblich gleichfalls vorgesehene Einrichtung von Chartergesellschaften in Afrika, die Deutschland den Zugang zu gewissen Rohstoffquellen öffnen sollen, dürften als sehr geringes Äquivalent gewertet werden. Auf der anderen Seite heißt sich die »Frankfurter Zeitung« für den Zeelandplan Stimmungen zu machen: er sei gar nicht so schlimm und verlange von Deutschland gar nicht die Abkehr von der Autarkie, er wolle nur »daneben« den Umfang des Außenhandels erweitern und Deutschland sowie Italien Kredite gewähren.

Damit ist der Köder richtig hingelegt. Denn so stolz auch das Dritte Reich auf die nationale »Selbstfinanzierung« des Bankrotts ist, so weiß doch jedermann, daß es nur aus der Not eine Tugend macht und daß ihm kein Wort bleiblicher in die Ohren klingt als das Wort Auslandskredite.

Es mag also sein, daß sich der wandlungsreiche Schacht auf eine neue Rolle vorbereitet. Der Umstand, daß die regierende Partei über keinen einzigen Mann verfügt, der etwas von Wirtschaft versteht und imstande ist, Wirtschaftsverhandlungen zu führen, könnte ihm dabei zustatten kommen.

»Der deutsche Volkswirt« zu den »Sorgen der Landwirtschaft« bemerkt, »der Lebensmittel-erzeugung landwirtschaftlicher Boden durch die Ausdehnung der Städte, des Sports, der Wehrmachtzwecke, des Verkehrs und durch die Beteiligung der Landwirtschaft an der Lieferung industrieller Rohstoffe — wie Flachs, Hanf, Wolle und Stroh zur Spinnfaserverzeugung — entzogen«. Mit dem Rückgang der Erzeugung verschlechtert sich aber auch die finanzielle Lage der Bauern. Die Erlöse der Landwirte, die man bisher auf Kosten der Konsumenten erhöht hatte, gehen zurück. Die »Frankfurter Zeitung« stellt fest, daß nach den letzten amtlichen Berechnungen für 1936/37 sich die Kurve der landwirtschaftlichen Reinerträge »wieder nach unten gewandt« hat. Die Schulden der Landwirte hatten sich noch bis 1935/36 vermindert, aber »im vergangenen Wirtschaftsjahr gingen Rückzahlung und Neuanspruchnahme etwa Null zu Null auf, allerdings schon nicht mehr überall, und im laufenden Jahr wird zumal im Osten ein Wiederanstiegen erwartet«. Die Erzeugung der Landwirtschaft sinkt und ihre Verschuldung steigt, weil die Betriebsausgaben wachsen, aber die Verkaufspreise für Landwirtschaftserzeugnisse unter amtlichem Druck gehalten werden, damit der amtliche Druck auf die Löhne nicht gelockert zu werden braucht.

Die Not der Bauern macht Göring Sorge, aber weniger um der Bauern selbst willen, als darum, weil sie die Kriegsvorbereitung gefährdet. Soll auf verkleinerter Fläche die heimische Produktion gesteigert werden, so muß die Landwirtschaft durch Intensivierung der Produktion mindestens wettmachen, was sie an Fläche eingebüßt hat. Aber zugunsten der Kriegsvorbereitung ist den Landwirten nicht nur Ackerboden entzogen worden, sondern auch menschliche Arbeitskraft und Futtermittel. »Die Wiederherstellung der allgemeinen Wehrpflicht und die Ausdehnung der Arbeitsdienstpflicht«, schreibt »Der deutsche Volkswirt«, »beide entziehen unvermeidlich für eine gewisse Zeit junge Mannschaft der wirtschaftlichen Produktion, was für Familienbetriebe, wie es die überwiegende Zahl der bäuerlichen Betriebe ist, bedeutet, daß an Stelle unbezahlter familieneigener Arbeitskräfte bezahlte fremde Arbeitskräfte treten müssen.« Aber an diesen fremden Arbeitskräften mangelt es eben, weil man, um den Arbeiterbedarf zu befriedigen, »den der Aufbau neuer Industrien mit sich bringt«, der Landflucht freien Lauf läßt. Seitdem Göring

kräfte entzogen, Körnerfutter und andere Futtermittel gesperrt und die Erlöse verkürzt. Alles das, was Darré ihnen genommen hat, sollen sie nun durch Mehrarbeit wieder einbringen. Das ist der Sinn von Darrés sieben Leitsätzen. »Nur auf diesem Wege«, schreibt »Der deutsche Volkswirt«, »ist eine Intensivierung ohne Kostensteigerung oder ohne Kostenabwälzung auf andere Zweige der Volkswirtschaft denkbar.« Anders ausgedrückt: die Unterbilanz der Darréschen Agrarpolitik soll durch Mehrarbeit der Bauern ausgeglichen werden. G. A. F.

Was kostet die Autarkie?

15,5—16 Milliarden Sachinvestitionen i. J. 1937

Das Institut für Konjunkturforschung meldet, daß die Sachinvestitionen Deutschlands im Jahre 1937 den Betrag von 15,5—16 Milliarden erreicht haben. Das ist ziemlich genau ein Drittel mehr als im Jahre des Aufschwungs 1928 investiert worden ist und beinahe doppelt so viel als im Jahre 1934 investiert wurde. Seitdem bewegen sich die Investitionen in einer »stetig ansteigenden Kurve«, so daß schon 1936 ein Betrag von 13,3 Milliarden zu verzeichnen ist. Die Investitionen der gesamten fünf Hitlerjahre belaufen sich auf zusammen annähernd 55 Milliarden, die der beiden letzten Jahre allein auf 30 Milliarden. Dabei ist das sich verändernde Verhältnis zwischen Ersatzanlagen und Neuanlagen besonders bemerkenswert. Nach den Schätzungen des Instituts verteilen sie sich wie folgt:

Jahr	Ersatz-	Neuanlagen
1933	5,8	— 0,7
1934	5,8	+ 2,5
1935	6,0	+ 5,2
1936	6,25	+ 7,55
1937	6,50	+ 9,0 bis 9,5

Es ergibt sich, daß die Bedeutung der Ersatzanlagen hinter jene der Neuanlagen immer mehr zurücktritt. Wurden in den ersten drei Jahren für Neuanlagen nur 8,4 Milliarden investiert, so in den letzten zwei schon 17.

Immer mehr verläßt die Industrie ihre alten Bahnen, immer weiter wird sie auf neue gestoßen, die Neuanlagen erfordern wie die Erzeugung der unersetzlichen Ersatzstoffe, die Erschließung bisher für wertlos gehaltenen Mineralvorkommen usw. Eines Tages wird sich erweisen, daß der weitaus größere Teil dieser ungeheueren Anlagen Fehlinvestitionen, d. h. verschleudertes Volkvermögen sind.

Hermann-Göring-Werke

Eisenerz in 1000 Meter Tiefe.

Kurz vor Weihnachten sprach der braunschweigische Ministerpräsident — den es trotz Reichvereinhelligung noch immer gibt — vor Vertretern der braunschweigischen Wirtschaft über die Bedeutung und Entwicklung der Reichswerke Hermann Göring. Die besondere Lagerung der Erze des Salzgittergebietes sei die, daß sie nicht in horizontalen Schichten, sondern in Mulden zu finden sind und bis zu 1000 Meter Tiefe in die Erde reichen. Je weiter man nach Norden gehe, um so größer sei die Tiefe, in der das Eisenerz liegt. Die Eisenerzförderung im Salzgittergebiet werde künftig das Ruhrgebiet mitversorgen. Als Rückfracht werde Kohle auf dem Kanalwege transportiert werden. Doch dieses Eisen werde nicht ausreichen, um die Erzfrage in Deutschland zu lösen. Weitere Schritte von großem Ausmaß würden noch getan werden müssen. Als besonders schwierig bezeichnete der Ministerpräsident Klages die Arbeiterfrage. Das braunschweigische Gebiet könne die nötigen Arbeitskräfte nicht liefern. Sie müßten von auswärtig herangeholt werden. Um die Leute unterzubringen, sei eine besondere Siedlungsgesellschaft gegründet worden.

Ob man wirklich bis 1000 Meter in die Tiefe gehen will, um ein minderwertiges Erz zu fördern, hat Klages nicht gesagt. Ebensowenig hat er sich über die Gestehungskosten des im Salzgittergebiet zu fördernden Erzes ausgesprochen. Immerhin war er aufrichtig genug, verstehen zu geben, daß auch diese ungeheuren unwirtschaftlichen Ausgaben nicht imstande sind, die deutsche Eisenfrage zu lösen.

Deutscher Kurzbericht

Der Reichsjustizminister Dr. Gürtner hat durch einen Erlaß angeordnet, daß die Unfruchtbarmachung von Angeklagten künftig in geheimer Verhandlung erörtert werden muß. Für die von ihnen beliebte Schande, die Unfruchtbarmachung auch als Strafe gegen »Staatsfeinde« und weltanschaulich Andersgünne zu verfügen, ist den Nationalsozialisten selbst die beschränkte Öffentlichkeit eines Gerichtssaales der braunen Justiz zu groß. Man hat den Bauern um der Aufrüstung willen Ackerboden fortgenommen, Arbeits-

Darrés sieben Punkte

Der Bauer soll noch mehr arbeiten!

Der diesjährige Reichsbauernntag hat wegen der Maul- und Klauenseuche abgesagt werden müssen. Daher mußte sich der Reichsbauernführer Darré darauf beschränken, dem Landvolk seine Befehle nur durch Rundfunk zu übermitteln. Das geschah am 12. Dezember in Form von sieben Leitsätzen, die den Landwirten »zur Richtschnur ihres Handelns und Planens« dienen sollen. Es wird ihnen empfohlen oder vielmehr befohlen, den Boden besser zu bearbeiten, mehr Hack- und Zwischenfrüchte anzupflanzen, das Grünland sorgsamer zu pflegen, mehr Sorgfalt auf Viehbestand und Viehfütterung zu verwenden. Den meisten Landwirten dürften diese Rezepte zur Steigerung der Erzeugung kaum etwas Neues bringen, aber sie haben alle etwas gemeinsam, was die Bauern schnell herausgefunden haben werden. Sie erfordern verhältnismäßig wenig mehr Aufwand an Geld — die Empfehlung, mehr künstliche Düngemittel zu verwenden, fehlt diesmal —, aber desto mehr Aufwand an menschlicher Arbeitskraft. Die »Frankfurter Zeitung« (14. 12. 37) behandelt Darrés Leitsätze unter dem Titel »Mehrarbeit in der Landwirtschaft« und hat damit durchaus den Punkt getroffen, um den es Darré zu tun ist. Der Bauer soll mit der Kraft seiner Hände den Schaden reparieren, den der Bankrott der »Erzeugungsschlacht« ange richtet hat.

Das wird mit der Deutlichkeit, die das Regime gerade noch gestattet, in der maßgebenden Wirtschaftspresse zugegeben. Das Ziel der Erzeugungsschlacht, die Unabhängigkeit von der Nahrungsmittelaufuhr, ist nicht erreicht, das wird erhellt durch die Verschlechterung der »Versorgungslage«. Für sie macht »Der deutsche Volkswirt« (17. 12. 37) »die wachsende Bevölkerung wegen ihres Mehrbedarfs, die wachsenden Einkommenssummen wegen der dadurch gesteigerten Nachfrage und die dringenden Anforderungen an den Devisenfonds« verantwortlich. Früher wurde die Erzeugung mit der Steigerung der Einkommen verbessert, nicht verschlechtert. Aber die Zunahme der Einkommen könnte allenfalls erklären, daß die Erzeugung hinter dem Bedarf relativ zurückbleibt, nicht aber, daß sie absolut sinkt. Das ist aber zugegebenermaßen der Fall denn es wird, wie

Parteidisziplin und Preußengeist

War unsere Parteiorganisation »preußisch«?

Das Deutschland der Vorkriegszeit ist für die heutige Generation fast eine terra incognita, ein unbekanntes Land, so sehr hat der Krieg den Zusammenhang zwischen dem Vorher und dem Nachher zerrissen. Man staunt immer aufs neue über die schiefen und falschen Ansichten, die man über die Dinge vor dem Kriege heute hört und liest. Wie Pompeji und Herculaneum aus der Asche des Vesuvus ausgegraben wurden, so wird einst das Vorkriegsdeutschland durch die Geschichtsschreiber der Zukunft von der Asche und der Schlacke des Weltkriegs mühsam befreit und rekonstruiert werden müssen.

Zu den sonderbarsten irrigen Anschauungen, die man über die deutschen Vorkriegsdinge in den letzten Jahren verbreitet hat, gehört die Behauptung, daß die Parteidisziplin der deutschen, besonders der norddeutschen Sozialdemokratie eigentlich aus dem preußischen Militarismus stamme. Für diese Behauptung beruft man sich darauf, daß vor dem Kriege die meisten wehrfähigen jungen Arbeiter einer mehrjährigen Militärdienstpflicht unterworfen wurden und durch die strenge »militärische Zucht« gelernt hätten, »Strapazen und Unbilden zu ertragen, die Knochen zusammenzureißen, das Maul zu halten und stramme Disziplin zu üben.« Dadurch habe der preußische Militarismus sie für die Sozialdemokratie vortrefflich geschult und sie hätten die ihnen »bei den Preußen« eingepaukte Disziplin dann auf ihre Parteiorganisationen übertragen.

»Wenn mans so hört, möchte leidlich scheinen«, und doch ist es ein Trugschluß. Dem Militärdienst waren in der Vorkriegszeit nicht nur die Industriearbeiter, aus denen sich die Sozialdemokraten vornehmlich rekrutierten, sondern alle jungen Deutschen unterworfen, ob sie in der Industrie oder im Handel, im Kleingewerbe oder in der Landwirtschaft tätig waren, ob sie zur Sozialdemokratie oder zu den bürgerlichen Parteien neigten oder politisch indifferent waren. Der Kasernendrill des preußischen Militarismus mit seinem blinden Kadavergehorsam wurde unterschiedslos allen jungen Deutschen eingepaukt.

Die vor ihrem Eintritt in das Heer bereits sozialistisch »infizierten« Rekruten ließen diese Pferdekur mit innerem Widerstreben über sich ergehen, während die politisch bürgerlich denkenden und die indifferenten Rekruten vielfach mit Stolz und Begeisterung »des Königs Rock« trugen und zum Teil schon vorher in den bürgerlichen Turnvereinen »militärischen Schneide« gelernt hatten.

Nach Beendigung der Militärdienstjahre wurden die in die sozialdemokratischen Organisationen kommenden Reservisten dauernd im antimilitaristischen Geiste beeinflusst und besonders in dem Jahrzehnt vor dem Kriege, als die preußische Wahlrechtsfrage die ganze deutsche Politik immer stärker beherrschte, mit einem leidenschaftlichen Haß gegen den kultur- und arbeiterfeindlichen Preußengeist erfüllt.

Anders die ins bürgerliche Fahrwasser geratenden Reservisten. Nicht nur in den bürgerlichen Turn- und Sportvereinen sowie in den studentischen Organisationen, sondern vor allem in den eigens zur Pflege der »militärischen Kameradschaft« gegründeten Kriegervereinen wurde der preußische Kommißgeist stets lebendig gehalten, im »gebildeten Bürgertum« erweitert durch das Einjährigenprivileg und das Reserveoffizierswesen. Wenn der preußische Militärdrill wirklich die »Vorschule für die Parteidisziplin« gewesen wäre, so hätte in den bürgerlichen Parteien der Vorkriegsjahre eine geradezu mustergültige Parteidisziplin herrschen müssen.

Das Gegenteil war bekanntlich der Fall. Disziplinlosigkeit und Zerfahrenheit herrschten mehr oder minder bei allen bürgerlichen Parteien, in den Organisationen der dem Militarismus feindlichen Sozialdemokratie dagegen herrschte Geschlossenheit und Disziplin nicht wegen, sondern trotz der militärischen »Vorschulung«. Das zeigt zur Evidenz, daß die Parteidisziplin der Sozialdemokratie anderen Ursachen als dem Militärdrill entspringen ist.

Nicht der Militarismus, sondern sein Zwillingbruder, der moderne Kapitalismus, der den Arbeiter nicht nur während einiger Jahre, sondern sein ganzes Leben lang, Tag für Tag, in seine Fesseln schlägt und ihn einreißt in das Millionenheer der modernen Arbeitssklaven, paukte dem Arbeiter im ehernen Arbeitsrhythmus den Sinn für Gleichmaß, Einordnung und Disziplin ein und schuf und unterhielt dadurch bei ihm die Disposition für Solidarität und Disziplin in den eigenen wirtschaftlichen und politischen Kampforganisationen.

Ja, der Militarismus profitierte oftmals bereits davon, daß der junge Arbeiter, be-

wo die Reaktion weniger schroff auftrat, wie in Süddeutschland, war die Arbeiterbewegung weniger aggressiv, aber Solidarität, Organisation und freiwillige Disziplin waren im Süden des Reichs genau so besondere Kennzeichen der proletarischen, speziell der sozialdemokratischen Organisation, wie im Norden Deutschlands.

Jahraus, jahrein wurde durch die Arbeiterbewegung in tausendfacher Variation das Evangelium der Solidarität, der Organisation und der Ein- und Unterordnung des Einzelnen in die Gesamtheit gepredigt, so daß es den heranwachsenden proletarischen Generationen

Nah'n im Schritt wir ein'ge Hundert, Ist noch keiner drob verwundet. Nah'n im Takt wir ein'ge Tausend, Wird sein Ohr schon mancher recken. Nah'n im Takt wir Hunderttausend, Dieses Dröhnen wird sie wecken!

Takt! Takt! Auf Takt habt acht! Takt ist mehr als halbe Macht!

Militarismus? Nein, Solidarität, nicht Kadavergehorsam! Das zeigt dieser Arbeitermarsch aus Norwegen, nicht aus Preußen, wohl zur Evidenz.

Auf der Gegenseite, im bürgerlichen Lager, war die Wirkung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine direkt entgegengesetzte. Als das »freie Spiel der Kräfte« noch die wirtschaftlichen Vorstellungen des Bürgertums beherrschte, der liberalistische Individualismus in Blüte stand, kam es trotz eifriger Pflege des militärischen Preußengeistes, trotz patriotischer Phrasen, Strammstehen und Hakenzusammenschlagen bei den bürgerlichen Parteien weder zu festen Organisationen noch zur Herausbildung einer verbindenden Parteidisziplin. Alles blieb loses Gefüge, wie Sand, der hin- und hergeweht wird. Der preußische Militärgestalt vermochte nicht den Reifen zu bilden, der die verschiedenen Gruppen und Grüppchen zu einer festen Einheit hätte zusammenhalten können.

So verschieden war die Wirkung des Kapitalismus und seiner Ideologie, je nachdem es sich um die aktiven oder um die passiven Elemente des Systems handelte. Bei den letzteren, den modernen Lohnarbeitern, herrschte die Erkenntnis: »Einer für alle und alle für einen!«, bei den wirtschaftlich, politisch und intellektuell führenden Schichten des Bürgertums galt die Devise: »Jeder ist sich selbst der Nächste.«

Selbst als mit dem Aufkommen der wirtschaftlichen Konzerne der Organisationsgedanke auch im Bürgertum an Boden gewann, konnte er die politischen Parteien des Bürgertums nicht mit Kraft erfüllen, weil das »Parteiolk«, die Masse der Anhängerschaft, nicht durch wirtschaftlichen, sozialen und politischen Druck zusammengeschweißt wurde, wie es im proletarischen Lager der Fall war.

Zu den erörterten allgemeinen Gründen für die gute Organisation und Disziplin der Arbeiterbewegung und ihrer politischen Vertretung, der Sozialdemokratie, kamen für diese noch besondere Gründe hinzu mit dem von Jahr zu Jahr stärkeren Eindringen in die politischen Körperschaften des Staates.

Schon bei den Reichstagswahlen lehrte die Erfahrung, daß eine systematische, an die amtliche Wahlkreiseinteilung und an die örtliche Bezirksgliederung sich anpassende Agitation und Organisation bessere Erfolge zeitigte als eine unterschiedslose »Ramsch«-Agitation. In noch viel stärkerem Grade zeigte sich das, als die Sozialdemokratie daran ging, in die Gemeindevertretungen und in die Länderparlamente einzudringen, besonders als sie 1903 und im folgenden Jahrzehnt durch Beteiligung an den Landtagswahlen das unreaktionäre Preußenparlament berannte. Das indirekte plutokratische Wahlrecht, das für die Wahlmännerwahlen kleine Urwählerbezirke von 750 Seelen vorsah und in diesen die Wähler nach der Steuerleistung in drei Klassen »eindrittelte«, zwang die sozialdemokratische Organisation, sich um jeden einzelnen Vorwähler zu kümmern, denn oftmals hing von wenigen Stimmen — besonders in den beiden ersten Wählerklassen — die Wahl eines Wahlmannes, also eines der Wähler des Abgeordneten ab. In anderen deutschen Einzelstaaten ergaben sich ähnliche Notwendigkeiten bei den Landtagswahlen, ebenso überall auch bei den Gemeindevahlen aus den Besonderheiten der verschiedenen Wahlsysteme.

So kam die Sozialdemokratie durch engste Anpassung an die amtliche Wahlbezirksgliederung usw. allmählich zu einem immer mehr regional differenzierten Organisationsapparat, der nicht nur für die Wahlen, sondern auch für die Mitglieder- und Pressewerbung sowie für die dauernde Gliederung des Parteikörpers die

Michel 1938!



vor er seinem Kasernendrill unterworfen wurde, schon durch die moderne Arbeitsdisziplin der Industrie für ihn vorgeschult war, weshalb die Industriearbeiter nicht selten von militärischen Autoritäten als für den Militärdienst besonders gut qualifiziert bezeichnet worden sind, besonders bei den technischen Truppen.

»Vereinzelt sind wir nichts, vereinigt aber stark!« Diese Erkenntnis wurde dem Arbeiter tagtäglich durch seine Erfahrungen im modernen Arbeitsprozeß eingebläut und führte ihn zu solidarischen Zusammenschluß, zur Organisation und zur Disziplin in der Organisation. Die wirtschaftliche Erfahrung vom Nutzen und der Notwendigkeit solidarischen und disziplinierten Verhaltens machte den Arbeiter empfänglich für das politische Erlösungswort: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! und so wuchsen zugleich mit den wirtschaftlichen auch die politischen Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiter immer mehr.

Wo der Druck der Reaktion am stärksten war, im Preußen der Vorkriegszeit, war naturgemäß auch der Gegendruck der Arbeiterbewegung um so intensiver,

sozusagen schon mit der Muttermilch in Fleisch und Blut übergang. Verletzung der Solidarität und der Disziplin wie beim Streikbruch und bei der irgendwie gearteten Unterstützung einer anderen als der sozialdemokratischen Partei galt als Verrat an der eigenen Klasse.

Nicht nur in der moderneren Arbeiterbewegung in Preußen-Deutschland allein trat dieser Zug zu Organisation und Disziplin als charakteristisches Merkmal zutage, sondern in allen vom Kapitalismus erfaßten Staaten des germanischen Kulturkreises auf dem europäischen Kontinent, in Deutsch-Oesterreich wie in der deutschen Schweiz, in Belgien wie in Holland, in Dänemark wie in Schweden und Norwegen! Der Gedanke der proletarischen Solidarität und Disziplin hat wohl seinen treffendsten Ausdruck gefunden in dem nach Björnstjerne Björnson geformten norwegischen Arbeitermarsch vom Takt: Takt! Takt! Auf Takt habt acht! Das ist mehr als halbe Macht! Formt aus vielen Einem, Stärkt die Kraft der schwachen Kleinen, Läßt das Schwerste leicht erscheinen!

Grundlage wurde. Aus der politischen Kleinarbeit des Tages heraus erwuchs durch planmäßige Anpassung an die Positionen des zu bekämpfenden Gegners Schritt für Schritt die allgemein als mustergültig angesehene Struktur der sozialdemokratischen Parteiorganisation, getreu den Worten Schillers:

Wer etwas Treffliches leisten will,
Hält' gern was Großes geboren,
Der sammle still und unerschläft
Im kleinsten Punkte die höchste Kraft.

Wer wie ich diesen Auf- und Ausbau der sozialdemokratischen Parteiorganisationen in den verschiedensten Gegenden Deutschlands selber aktiv mit betrieben hat, der weiß, daß dabei keinerlei Nachbildung militärischer Einrichtungen eine Rolle gespielt hat, sondern alles aus der Eigenart der zu bewältigenden Agitationsarbeit, als taktisches Mittel zu einem strategischen Zweck, urwüchsig entstanden ist.

Solidarität und Disziplin, entsprungen aus der Klassenlage und beruhend auf Freiwilligkeit, waren die Grundlagen der sozialdemokratischen Parteiorganisation. Damit fehlte ihr gerade das, was das wesentliche Charakteristikum des spezifischen Preußentums ausmacht; die Uebersteigerung und Verzerrung der Disziplin zum blinden Kadavergehorsam und zur Ertötung der Persönlichkeit im Menschen.

Wenn durch das Wachstum der sozialdemokratischen Organisationen sich schließlich die Anstellung von Parteisekretären notwendig machte und damit hier und da eine gewisse Bürokratisierung und Ueberzentralisierung zutage trat — die immerhin ein starkes Gegengewicht in der demokratischen Grundlage der Organisation fand — so hatte das mit »Verpreuung« wahrlich ebensowenig zu tun, wie die gleichen Erscheinungen in jedem behördlichen Apparat in den »demokratischen« Ländern, in denen der militärische Geist des Preußentums nicht dominiert.

Wer davon spricht, daß die Organisation der Sozialdemokratie gegenüber dem Nationalsozialismus 1933 »versagt« habe, der zeigt damit, daß er sie für eine quasi militärische Organisation nach preußischem Muster gehalten und nicht erkannt hat, daß ihre staatliche Grundlage der bürgerliche Rechtsstaat war, nach dessen Zertrümmerung sie von den nationalsozialistischen militärischen Gewalthaufen, den irregulären Stoßtrupps des neudeutschen Militarismus, durch Terror und Gewalt ebenso zertrümmert werden konnte, wie der irdene Topf beim Zusammenprall mit dem eisernen Topf in Scherben geht. Gerade weil ihr der Preußengeist gefehlt hat, wurde auch sie ein Opfer des preußischen Geistes der Gewalt, nachdem er den ganzen bürgerlichen Rechtsstaat zerschlagen hatte.

Wilhelm Dittmann.

Ideologisches

»Doch ein Begriff muß bei dem Worte sein!«

Von allen Worten, die Verwirrung stiften, sind die Modewörter die gefährlichsten. Wer schreibt ihre Geschichte? Sie tauchen an irgendeiner schwer nachzuweisender Stelle auf, verbreiten sich wie der Scharlach oder wie die Wasserpest und verschwinden wieder, um einer neuen Epidemie Platz zu machen.

Zurzeit hat man es mit der »Ideologie«.

Ideologie, was ist das? Wörtlich übersetzt und dem eigentlichen Sinne nach heißt es Gedankenlehre oder Wissenschaft von den Ideen. Später hat man das Wort gebraucht als Bezeichnung für eine gering bewertete Idee selbst für eine verschwommene Spekulation. Auch Marx und Engels haben das Wort gebraucht und eine Streitschrift mit dem Namen »Deutsche Ideologie« verfaßt.

Möglich, daß von einer Neuausgabe dieser Schrift, die vor einigen Jahren erfolgte, das Contagium ausgegangen ist. Sicher ist nur: die Seuche ist da! Man kann bald keinen Artikel mehr lesen und keine Rede mehr hören, worin nicht von »ideologischen« Gegensätzen, »ideologischen« Blockbildungen oder dergleichen die Rede ist. Auch der verehrungswürdige Bundespräsident der Schweiz, Herr Motta hat neulich warnend Hände und Stimme erhoben und im Berner Nationalrat folgendes erklärt:

»Der Bundesrat zweifelt keinen Augenblick daran, daß Mächte wie Großbritannien und Frankreich, unterstützt vom festen Willen der andern Staaten — ich denke vor allem an die Niederlande, Belgien, die skandinavischen Staaten, Oesterreich und viele andere — darüber wachen werden, daß der Völkerbund nie in den verhängnis-

Lichterbaum und Kriegstanz

Eine weihnachtliche Nadlese

In den Wochen vor Weihnachten gingen die Helfer der »NS-Volkswohlfahrt« von Haus zu Haus und erbetelten Gabenpakete für die »Betreuten« des Winterhilfswerkes. Wo nicht freiwillig gegeben wurde, halfen Drohungen nach, wo das Geschenk nach Ansicht der Sammler zu mager ausfiel, sprachen sie nach einigen Tagen noch einmal vor und bestanden auf ihrem Spendschein. Auch die »Betreuten« selbst mußten opfern, wenn sie nicht von der Liste der Hilfsbedürftigen gestrichen werden wollten. Viele von ihnen fanden später beim Auspacken der Pakete, daß sie im Geben seliger, das heißt glaubensseliger gewesen waren als im Nehmen. Auffallend viele ungenießbare Oeilsardinen entstieg den weihnachtlichen Hülsen, und das Spendenmehl hatte die Neigung, sich als grauer Bodensatz im Topf abzulagern anstatt die Suppe zu dicken. Aber wenn man den deutschen Zeitungen glauben darf, kommt es auf die Art des Schenkens mindestens so sehr an wie auf das Geschenk selbst. Und so mag es denn manchem ein Trost gewesen sein, daß dem Päckchen zwar keine Karte der Spender beilag — die hatten ja »nur ihre Pflicht getan« — aber ein Kartengruß des Führers mit seinem Bild und mit dem Aufdruck: »Ich habe Euch nicht vergessen.«

Für die 100.000 Autobahnarbeiter, die zu den geplagtesten und schlechtest bezahlten Arbeitsklaven des Dritten Reiches gehören, wurden in 150 Lagern weihnachtliche »Gemeinschaftsfeiern« veranstaltet. Im Lager Borkheide hielt der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen Dr. Todt eine Ansprache, die von allen deutschen Sägern

übertragen und in allen Autobahnlagern gehört wurde. Er versicherte:

»Weihnachten ist die Zeit, in der man sich etwas wünschen darf. Der Führer kennt Eure berechtigten Wünsche. Das Jahr 1938 wird ganz bestimmt wie schon das Jahr 1937 manche von ihnen erfüllen. Mein Weihnachtswunsch an Euch lautet: Kommt Euch menschlich noch näher als im vergangenen Jahr! Wenn irgendeiner besondere Sorgen hat, sollt Ihr Euch an den Betriebsführer wenden.«

Einst im Mai, es ist schon ein paar Jährchen her, versprach Dr. Ley jedem Arbeiter seinen gerechten Lohn. Seither sind viele Blütenträume erfroren, und die Festreden der Anführer sind lauter aber nicht lauterer geworden.

Bei der »Volksweihnachtsfeier« im Saalbau Friedrichshain zu Berlin sagte Dr. Göbbels zu den versammelten Kindern und Müttern:

»Die Armen müssen in harten Zeiten besonders schwere Lasten tragen. Sie stehen mit ihren unschuldigen Kindern auf der Schattenseite des Lebens. Das Furchtbare dabei ist, daß gerade die Kinder das mit ihren unverbogenen Sinnen am allerschlechtesten verstehen können. Heute nun stellen wir sie in das helle Licht unseres Volksweihnachtsbaumes hinein.«

Und wenn man ein paar Stearinkerzen anzündet, erlösen die Klassegegensätze von selbst.

Auf dem Berliner Weihnachts-

markt gab es in diesem Jahre eine große Attraktion. In einer Schießbude waren die harmlosen Luftbüchsen durch Maschinengewehre ersetzt worden. Die blind schießenden Besucher durften sich also in der Illusion wiegen, daß ihre Geschicklichkeit je nach Geschmack innere oder äußere Feinde in ganzen Garben zur Strecke brachte. Das Fest des Friedens erhielt auf diese Weise eine besondere Würze.

Ostpreußen hat ein Weihnachtsgeschenk besonderer Art erhalten. Im Rat der Oberen wurde beschlossen, das Gelände des Schlachtfeldes von Tannenberg der Fremdenindustrie dienstbar zu machen. Unter anderem kaufte man an der Seemenge von Schlagamühle, wo es besonders blutig hergegangen ist, eine alte Mühle, um sie in eine Art Sporthotel zu verwandeln. Damit die Besucher nie vergessen, zu welchem Ende in Deutschland der Sport gepflegt wird, soll diese Erholungstätte den Namen »Russenallee« erhalten.

In der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« vom 25. Dezember macht der Hausdichter Frakon seinen Gefühlen in den Versen Luft: »Mög sich vor allen Euren Kindern (Der Aelte tritt ja gern zurück) Die schöne Aussicht nicht vermindern Auf das bewußte große Glück. Im Innern sind wir ja geeignet Und volkgemeinschaftlich geeint. Es gibt fast nichts mehr, was uns peinigt, Wenn's zuweilen noch so scheint.«

Ein weihnachtliches Stoßgebet mit Schalldämpfer.

Der Führer soll...

Die im Zentralverlag der NSDAP erscheinende Zeitschrift »SA-Geist im Betriebe« hat »zehn Gebote für den Betriebsführer« veröffentlicht, die den Unternehmern vor Augen führen, wie sie es nicht machen sollen. Da heißt es:

»daß Redensarten zu nichts verpflichten. Weiter wird der ungeeignete Betriebsführer unablässig dafür sorgen, daß alles unterbleibt, was zu einem wirklichen Vertrauensverhältnis führen könnte. Er soll keine Gelegenheit unbenutzt lassen, um seine Untergebenen gegeneinander ausszuspielen. Ein regelmäßiger Spitzdienst wirkt Wunder. Solch Betriebsführer, der allerdings schleunigst vom sozialen Ehrengericht entfernt werden sollte, wird grundsätzlich nicht die Richtigkeit von Beschuldigungen prüfen, die er als Material bei passender Gelegenheit verwendet.«

Am Schluß droht der »SA-Geist«:

»Wer so handelt, wird bestimmt eines Tages in einer Zelle landen.«

Es ist gut, daß alles hier Gesagte nur den Betriebsführern gilt. Sonst könnte der Verfasser in ernste Schwierigkeiten geraten.

Die Siegestsäule wird verrückt!

Aus Berlin wird berichtet: Zu den verschiedenen großen Bauvorhaben in Berlin, die in den nächsten Jahren durchgeführt werden sollen, ist nun noch ein neues getreten. An einer geeigneten Stelle der Reichshauptstadt, wahrscheinlich beim Tiergarten, ist die Errichtung eines »Ehrenmales für die Gefallenen der Bewegung« geplant. Dieses Ehrenmal soll, was seine Größe und Ausführung anbetrifft, in der Welt nicht seinesgleichen haben. Es soll ein Monumentalwerk der Baukunst werden und in seinem Ausmaße ungefähr dem Pariser Eiffelturm gleichkommen. Mit der Ausschreibung, an der sich alle deutschen Architekten im In- und Ausland beteiligen können, ist im kommenden Frühjahr zu rechnen.

Außerdem soll Berlin im Rahmen der kommenden Bauperiode eine Anzahl riesiger Aufmarschplätze bekommen; sie werden auf zehn verschiedenen Stadtteilen angelegt. Einer der größten Plätze, der auch für Massenkundgebungen berechnet sein wird, da das Tempelhoferfeld für derartige Veranstaltungen nicht mehr in Frage kommt, wird an der neuen großen Prachtstraße liegen, die quer durch Berlin laufen wird, ungefähr in der Höhe der gegenwärtigen Technischen Hochschule. Interessant ist, daß das bekannte Wahrzeichen von Berlin, die Siegestsäule in der Nähe des Reichstages, ebenfalls einen anderen Platz bekommen wird. Sie steht bei der Anlage der genannten großen Straße im Wege und wird mehr in das Innere der Stadt versetzt.

vollen und unverzeihlichen Irrtum verfallt, der Diener einer Ideologie sein zu wollen und damit sein Wesen, seine Daseinsberechtigung, seine Ziele und Bestrebungen zu verleugnen.«

Es wäre in der Tat unverzeihlich, wenn der Völkerbund Diener einer »Ideologie«, irgendeiner müßigen unklaren Spekulation werden wollte, da es doch seine Aufgabe ist, Diener einer ungemein klaren »Idee«, der Idee der kollektiven Sicherheit, der unbedingten Solidarität aller friedlichen Völker gegen jeden Angreifer zu sein. Was mag also Herr Motta gemeint haben, wenn er den Völkerbund davor warnte, Diener einer »Ideologie« zu werden? Etwa die »Idee« selbst, auf die der Völkerbund gegründet ist? Wenn aber nicht die, was sonst?

Andere wiederum wollen von »ideologischen« Blockbildungen nichts wissen. Wie geht das nun zu? Der deutsche Nazismus z. B. ist keine »Ideologie«, sondern er beruht auf einer zwar sehr falschen, aber in ihrer Art ungemein klaren Idee. Nach dieser Idee ist das deutsche Volk dazu bestimmt, die Führung in der Welt zu übernehmen, zu welchem Zweck ihm der deutsche Gott, den Hitler als Führer geschickt hat. Alles, was dem auserwählten deutschen Volke nützt, ist gut, und alles andere ist schlecht und jedes Mittel zu seiner Bekämpfung — Mord, Diebstahl, Ehrenwortbruch usw. — ist erlaubt.

Das ist eine zwar verrückte, aber in sich selbst völlig konsequente Idee. (Ist es auch dann nicht, hat es doch Methode.) Und da entsteht die Frage, ob es gestattet ist, dieser Idee eine andere Idee entgegenzusetzen: z. B. die Idee des gleichen Rechts, der Humanität, der menschlichen Anständigkeit im Verhältnis der Menschen wie der Völker zueinander.

Wäre das nicht gestattet und würden alle diese Begriffe unter dem verpönten Sammelbegriff der »Ideologie« fallen, so würde sich ergeben, daß die eine Seite eine Idee hätte, wenn auch eine ganz verrückte, die andere aber überhaupt keine. Welcher Politiker würde sich aber aus staatsmännischer Abneigung gegen jegliche »Ideologie« zur Idee der Ideenlosigkeit bekennen wollen?

Der westische Erbfeind

Oder: Die feindlichen Achsestrassen.

Im Dritten Reich ist man sich über die Rassen-Einteilung Europas noch nicht völlig einig. In der Monatschrift »Deutschlands Erneuerung« stellt jetzt ein brauner Rassist für Afrika und Europa drei Großrassen auf: 1. die Neger; 2. die braune Rasse, auch Mittelmeerrasse genannt, zu der die westische Rasse zählt; 3. die eigentliche ursprüngliche weiße Rasse, nördlich der Alpen sesshaft, am reinsten vertreten durch die nordischen Völker.

Die westische Rasse, zu der Franzosen, Italiener und Spanier zu zählen seien, erhält eine schlechte Zensur. Ihre seelischen Merkmale: Eitelkeit, starkes Geltungsbedürfnis und durch ihre Unruhe zum Träger moderner demokratischer Prinzipien prädestiniert.

Nun kann der Duce wieder antworten mit dem Hinweis auf die fellbekleideten Germanen, die ihre Kultur von Mussolinis Ahnen beziehen mußten. Was aber sagt er zu dem Schluß, den die braune Zeitschrift zieht? Sie erklärt, daß nach den bisherigen Erfahrungen und biologischen Erkenntnissen der Kampf zwischen »westischer und nordischer

Rasse« nie aufhören werde und daß darum Bündnisse zwischen den Repräsentanten der beiden Rassen niemals von langer Dauer seien.

Dazu hat man Millionen für Mussolinis Empfang hinausgeworfen? Die Tinte der Leitartikel, die von der uralten Sympathie zwischen Deutschen und Italienern kündeten, ist noch nicht trocken, da erschlägt Rosenbergs Mythos theoretisch auch schon die ganze Achse. Um das Bild abzurunden, wird im Leitartikel der »Frankfurter Zeitung« vom 25. Dezember der trennende Strich zwischen Europa und Japan-China gezogen und das Abendland vor Zerfleischung gewarnt. Wer in Deutschland ist nun eigentlich Anhänger der Achse? Wer ist von ihrer Haltbarkeit überzeugt? Der Mann wird gesucht.

Noch einmal: Werner Fink

Wir waren — siehe »N. V.« Nr. 235 — ernstlich besorgt um ihn. Nachdem er im »Berliner Tageblatt« in einer seiner Wochenplaudereien eine allzu offensichtliche Meckerei begangen hatte, blieben besagte Plaudereien plötzlich aus, und ein reichlich bedecktes Stillschweigen folgte. Schreibverbot? Oder gar Kaszt? Das war die Frage.

Die Frage stellten nicht nur wir. In Berlin zum Beispiel erregte Fincks Schweigen erheblich mehr Aufsehen, als je seinen harmlosen, ein bißchen miesmackerisch angehauchten Witzeleien beschieden war. Allerdings Gerüchte tauchten auf. Von Verhaftung, Mißhandlung und Konzentrationslager war die Rede.

Göbbels hielt es plötzlich für schlaun, diese Gerüchte dadurch zu dementieren, daß er dem populären Spaßvogel Finck den Maul-

Masaryk und Tolstoj

»Wir haben nicht auf die Zivilisation zu verzichten!«

Aus dem soeben erschienenen schönen und gedankenreichen Buch Josef Hofbauers »Der große, alte Mann« (Eugen-Prager-Verlag).

»Ich wollte nicht lügen.«

Als Masaryk während der russischen Revolutionswirren nach Moskau kam, geriet er auf dem Wege zum Hotel in eine Schießerei zwischen Bolschewiken und Kerenski-Soldaten. Er sah einen Mann in das halbgeöffnete Hoteltor schlüpfen, wollte ihm nach, aber man schlug ihm das Tor vor der Nase zu. Er klopfte und rief: »Was machen Sie, öffnen Sie!« Der Portier fragte: »Sind Sie unser Gast? Sonst können wir Sie nicht einlassen.« Wer hätte es Masaryk verargen können, wer es nicht ganz selbstverständlich gefunden, wenn der Unterkunft und Schutz Suchende geantwortet hätte, er sei Gast, sei in diesem Hotel zu Hause? Eine Notlüge, die wohl jeder andere in solcher Situation, in einem Augenblicke der Gefahr, bedenkenlos, ohne eine Sekunde überlegenden Zauderns, gebraucht hätte, die jedem anderen, jedem!, sich auf die Lippen gedrängt hätte. Aber wir empfinden es als Selbstverständlichkeit, daß Masaryk, in seiner Schilderung dieses Erlebnisess sagte: »Ich wollte nicht lügen und rief deshalb: »Machen Sie keine Dummheiten und lassen Sie mich hinein!« Er stützte und öffnete.« Vielleicht gibt es keine größere Ehrung Masaryks, als daß es als Selbstverständlichkeit erscheint, daß er in einer Situation, in der kein anderer gezögert hätte, zu lügen, die Lüge vermied.

Das Hotel wurde nach einigen Tagen von den Bolschewiken besetzt. Es gab langwierige Verhandlungen über den Abzug der Gäste. Masaryk berichtet: »Einige Gäste bestachen die Wache. Ich habe nie zu besteuchen vermocht. Es kommt mir so erniedrigend vor.« Ja, das Bestechen erniedrigt nicht nur den Bestochenen, auch den Bestechenden; es beschmutzt ihn, es ist ein krummer Weg, ein Weg der Lüge. Und Masaryk war auch dieser Form des Lügens nicht fähig.

Dieses Nichtlügenkönnen, dieses Wahrheitswollen, Wahrheitsmüssen ist das für Masaryk Charakteristischste. Es war das Innerste und eigentliche Gesetz seines Lebens. Es war von allem Anfang an da, das Licht, das in seiner Seele brannte von Anbeginn an, Geschenk der Eltern, der Ahnen, der Natur. Und es gilt für ihn das Wort Goethes:

»... bist alsobald und fort und fort geliebt Nach dem Gesetz, wonach du angetreten. So mußst du sein!«

So mußte er sein: wahr — und daraus ergab sich alles andere: Suchen nach der Wahrheit, Bekennen der Wahrheit, Ablehnen alles äußeren Scheins, des innerlich Unwahren, Unrechten, und das machte ihn tapfer und nahm von ihm die Todesfurcht, und das machte ihn stark im Ertragen des Leidens.

Auch das war Ausdruck der Gedächtheit

und der Schlichtheit seines Wesens, daß er Prunk nicht mochte, daß er nicht gefeiert sein wollte und gesellschaftlichen Veranstaltungen, öffentlichen Ehrungen auswich, wenn er nicht gerade durch sein Präsidentenamt dazu verpflichtet war. Masaryk legte wenig Wert auf Besonderheit der Kleidung, ja wie Jan Herben erzählt, vergaß Professor Masaryk oft genug sein Äußeres: »In der »Weltrevolution« erwähnte er (Masaryk), daß die Soldaten an ihm so etwas wie Repräsentationsmangel beanstandeten. Das heißt, wie ich von Legionären weiß, daß sie in Professor Masaryk drangen, er solle sich einen neuen Anzug anschaffen. Karel Horký stichelte in America über Masaryks zerdrückten »Sozialisten«-Hut. Auch für mich war es eine Überraschung, als ich den Präsidenten Masaryk im Mai 1919 einmal abends bei J. S. Machar traf und den gleichen Anzug an ihm erkannte, in dem er schon vor dem Krieg im Frühjahr 1914 in die Redaktion des »Cas« gekommen war. Denselben Anzug hatte er übrigens noch im Jahre 1920 an, als er im Sommer bei uns in Hostischow zu Besuch weilte. Allerdings kam er mir noch ganz schön vor. Kleider kürzten eben nicht T. G. Masaryk, er zierte sie.«

Oft wurde Masaryk mit Leo Nikolaj Tolstoj verglichen, der auch Wahrheitsucher und Gottsucher war und Ethiker, Feind der herrschenden Kirche und von ihr gehässig bekämpft, ein moderner Apostel der Einfachheit und Schlichtheit der Lebensführung! Aber Welch ein Unterschied! Masaryk hat einige Male Tolstoj besucht und sich mit ihm auseinandergesetzt. Er blieb Tolstoj gegenüber, der auf so viele Menschen einen so starken Einfluß ausübte, durchaus selbstständig. Er lehnte nicht nur Tolstojis Ethik des Nichtabwehrens des Bösen ab, er war auch sehr kritisch gegenüber Tolstojis Lehre vom einfachen Leben, von der Rückkehr zur Lebensführung der Muschiken. Er sah sofort das viele Widersprüchliche und das Sinnlose des Verzichtes auf die Zivilisation. Tolstoj trug ein Muschikband und selbstgenügte Basttschuhe, aber er lebte doch in seinem Schlosse. Viel, viel später erst entriß sich Tolstoj all diesen Widersprüchen, entflohr er ganz der Zivilisation, auch seiner Familie, für die er auch Flucht in den Tod...

Als Tolstoj ihm auseinandersetzen begann, wir müßten zur Einfachheit zurückkehren, nach Muschikart leben, antwortete Masaryk: »Und was bedeutet dieses Ihr Haus und der Salon, die Lehnstühle und die Diwane?« »Und ich sagte ihm, was ich in seinem Dorf gesehen hatte, die Unordnung, die Krankheit, den Schmutz und all dies. Um des guten Gottes willen, sehen Sie das nicht? Sie, ein solcher Künstler, können das nicht beobachten? Selbst die Schuhe nähern, zu Fuß gehen statt im Zuge zu fahren, das ist Totschlagen der Zeit, wieviel Besseres läßt sich in der-

selben Zeit tun!« — Tolstojis Rückkehr zur Einfachheit, bis zu dem Versuche, wie ein Muschik zu leben, war ein individueller Ausweg aus dem Zwiespalt zwischen Gewissen und Gesellschaft, dieser Weg konnte kein Weg der Menschheit werden. — Wir haben nicht auf die Zivilisation zu verzichten, wir können es nicht, wir können nicht aus ihr heraus, aber wir dürfen freilich in ihr nicht den Inhalt des Lebens sehen, sondern nur ein Mittel, zur Kultur zu gelangen. Die Arbeiter haben recht gut begriffen, daß sie nicht Feinde der Maschinen sein dürfen, so sehr sich oft maschinelle Verbesserungen zunächst gegen sie wenden. Sie wissen, daß auch die Maschine zu einem Mittel des Aufstiegs wird. Aber freilich: wir müssen uns auch vor der Anbetung der Technik, vor der Vergottung der Maschine hüten! — Masaryk sah nicht nur das Gesellschaftlich-Fragwürdige der von Tolstoj verkündeten Rückkehr zur Einfachheit; er fand darin auch etwas Künstlich-Primitives, Unnatürliches, also nicht ganz Wahres, und deshalb stieß ihn Tolstoj gewollte Einfachheit ab. Er hat aber von Tolstoj die Erkenntnis der Schädlichkeit des Alkoholismus übernommen und blieb fortan konsequenter Abstinenz.

War Masaryk ein glücklicher Mensch? Einmal ist der (aus Böhmen stammende) deutsche Philosoph Fritz Mauthner eigens zum Präsidenten Masaryk gereist, um einen glücklichen Menschen zu sehen. Masaryk, der in der »Weltrevolution« über Mauthners Besuch berichtet, bemerkt dazu:

»Glücklich, glücklicher fühlte ich mich nicht; aber mich freute die Erkenntnis des inneren Zusammenhanges, wenn man will: der Logik meines Lebens.« — Als Masaryk diese Worte schrieb, war in ihm noch überstark die Trauer um seine Gattin Charlotte, die ihn der Tod am 13. Mai 1923 entriß. War er glücklich, nur, da er seine große politische Aufgabe erfüllt hatte und überhaupt das von ihm gegründete Staates war, aber die Weggefährin verloren hatte? Auch Masaryk, von so vielen glücklich gepriesen, hat schweres Leid zu tragen gehabt. Er hat während des Krieges, während seiner Arbeit als Leiter der tschechischen Auslandsrevolution, der Sache, für die er wirkte, schwere Opfer gebracht, für sie schweres Leid auf sich genommen. Sein geliebter Sohn Herbert, ein begabter Maler, wurde vom Typhus weggerafft. Seine Tochter Alice wurde nach Wien ins Gefängnis geschleppt. Seine geliebte Frau, gequält durch die behördlichen Haussuchungen und die immer wieder sich erneuernden Nachforschungen nach irgendeiner geheimen Verbindung mit ihrem Mann und gemartert durch die Sorge um den Gatten, wurde krank und nie mehr ist sie ganz gesund geworden. — Masaryk war sehr zurückhaltend mit Gefühlsäußerungen, weder im Ueberschwang der

Freude, noch im tiefsten Schmerze wandte er sich an andere, nicht die Fülle des Glücks, nicht übergroßes Leid offenbarte er; er barg sein Innerstes und ihm eigenstes Erleben in sich.

Die ganze Klasse ist echt!

Die Basler »Nationalzeitung« läßt sich aus Deutschland schreiben:

Der Lehrer erzählt in der Geschichtsstunde von Hindenburg und behauptet, die sozialdemokratische Ortszeitung habe ihn seinerzeit einen Massenmörder geschimpft. So seien die Zustände im marxistischen Deutschland gewesen. Ein Schüler springt auf und schreit: »Das ist nicht wahr!« Der Lehrer: »Woher willst Du das wissen?« — »Weil mein Vater der Redakteur der Zeitung war, und mein Vater schreibt so etwas nicht. Zeigen Sie mir das Zeitungsbüchlein!« Die Klasse hält den Atem an. Der Lehrer wird unsicher und meint, dann habe es eben in einer anderen marxistischen Zeitung gestanden. Die Jungen protestieren: das gelte nicht! Das sei eine Ausflucht! Die ganze Klasse nimmt Partei für den Kameraden mit dem bekannten sozialdemokratischen Namen. Die Jungen erzählen den Vorfall zu Hause. Die Eltern fragen entsetzt: »Ja, wie könnt ihr euch denn so etwas herausnehmen?« Die Antwort lautet: »Die ganze Klasse ist echt! Und der Lehrer glaubt selber nicht, was er uns erzählt.« Der absolut verbürgte Vorgang spricht für die von vielen gemachte Beobachtung, daß die jüngste Generation kritischer ist, als man bei den einseitigen Einflüssen, unter denen sie steht, annehmen sollte.

Alfred Kerr

beginnt am 25. Dezember seinen 70. Geburtstag. Alter und Schicksal haben ihm nichts anhaben vermocht — wie einige Zeilen beweisen, die wir seinem neuesten Feuilleton im »Pariser Tageblatt« entnehmen:

War es Friedrich, der an Voltaire schrieb; oder Voltaire, der an Friedrich schrieb: »Ich verlasse die Welt so dumm, wie ich sie antrafe« —?

Grammatisch besagen, heißt das nicht: »Ich bin so dumm wie damals, als ich auf die Welt kam«. Sondern: »Sie ist so dumm wie damals, als ich auf die Welt kam«.

Man könnte jedoch heute fast sagen: »Ich, der Mensch, bin vor dem Rätsel der unverständlich groben Erdenentwicklung beinahe wieder so dumm wie ein Säugling«.

Zwar, zur Lebzeit Voltaires war die Gesittung ebenfalls schauderhaft. Aber nicht aus Grundsatz. Nur triebmäßig. Heut aus Grundsatz.

Unsereins darf nicht mehr sagen: »Ich verlasse sie so dumm, wie ich sie antrafe«. Sondern: »Ich verlasse sie viel, viel, viel dümmer, als ich sie antrafe«.

Ueber dieses Thema wünschen wir in zehn Jahren noch einmal mit Alfred Kerr zu reden!

korb wieder ein wenig lockerte. Nach vierwöchiger Pause begann also Finck wieder im »Berliner Tageblatt« seine Glossen zu schreiben, die den bezeichnenden Titel »Von mir aus — jede Woche!« tragen. Die Worte, mit denen er seine unterbrochene Tätigkeit neu einleitete, verdienen zitiert zu werden.

»Wenn es denn also sein muß, so schreibe ich wieder weiter. Als ich nämlich Woche für Woche in Druck kam, war mancher einer besorgt um mich. Ich schwieg einige Wochen. Nun soll aber nach der Meinung anderer meine Wirkung in dem Regen, was ich nicht sage. Nun bedenken Sie, was es dann bedeuten muß, wenn ich wochenlang nichts sagend war. Also schreibe ich Heber weiter. So sehr viel passiert ist im letzten Monat eigentlich nicht. Mir nichts, dir nichts und in Mitteleuropa schon gar nichts.... So, das wäre alles für heute. Es war nicht eben viel, aber besser zu wenig, als zu viel gesagt.«

Man kann das nicht ohne Vergnügen und Bewunderung lesen. Der Mann versteht zu schreiben. Erstens überhaupt und zweitens zwischen den Zeilen. Alle Achtung.

Aber man mache deswegen, bitte sehr, nicht sowas wie einen »illegalen Helden« aus ihm! Finck arbeitet unter der Kontrolle des Göbbels, dem seine kleinen, witzig hingetuschelten Boshelien gegen das Regime ganz recht sind, — als Auspuff nämlich und als Ablenkung vom wirklichen zu Wehr und Waffe gewordenen Flüsterwitz.

Nur wenn Finck einmal — wie neulich — ein wenig zu voraus wird, bekommt er für vier Wochen den Maulkorb angelegt...

Ein Großer

Neben dem Revolver-Johst und dem Blubon-Blunck ist der Richard Euringer höchste Prominenz auf dem braunen Olymp. Aus allen Spalten der Nazipresse tönt sein Lob. Neulich war gar irgendwo zu lesen, daß Euringer »zu den größten Gestaltern in deutscher Zunge« gehöre. Was das ist, ein »Gestalter in deutscher Zunge«, das wissen wir nicht, aber es genügt sicher, wenn Euringer es weiß.

Vor kurzem hat der große Zungengestalter ein Poem von sich gegeben, das so sinnig-sonnig, so kraftdurchfreudig ist, daß wir absolut nicht einsehen, weshalb nur die Leser des »Völkischen Beobachters« etwas davon haben sollen. Besagtes Poem, das wir im vollen, unverkürzten Wortlaut hersetzen, besteht aus nur vier Zeilen. Aber in seiner Kürze und Würze dürfte es dennoch zu den Großleistungen neudeutscher Wortkunst zählen. Aufgepaßt:

Klag nicht groß;
»Ach mein Los!«
Mach dich los!
Lach dich los!

Da haben wir also des alten verdächtigen Goethe herrliches »Feiger Gedanken, bängliches Schwanken...« von Euringer leymweise ins Hitlerdeutsch übersetzt. Wer sich da nicht los lacht, dem ist nicht zu helfen.

Euringer dichtet aber nicht nur gereimtes, sondern auch ungereimtes Zeug. Zum Beispiel Aphorismen. So etwa:

»Verirrten Menschen bin ich begegnet, kranken, unseligen, erbärmlichen, ekelhaften. Nie einem schlechten!«

Wie seelenvoll. »Der Mensch ist gut«, sagten das nicht die verdächtigen Kulturbolsche-

wiken einst, mit einem gewissen Leonhard Frank an der Spitze? Mag sein. Die leben halt jetzt im Lager oder im Exil, und ihre hinterlassenen Kleider trägt Herr Euringer auf. Er kennt keine schlechten Menschen, der liebe herzige Kerl. Auch wir »Marxisten« sind ja sooo gut. Aber dafür sind wir unselig, erbärmlich und ekelhaft.

Noch ein Aphorismus von Euringer, der ebenfalls — ausgerechnet — im »Völkischen Beobachter« (1937, Nr. 325) zu lesen war:

»Man muß den Mut haben, den Mißstand seiner Zeit beim Namen zu nennen!...«

Das Schweigen der Wissenden ist Ver-rat!«

Also schrieb der Führers Hofpoet. Frechheit und Tollheit in holdem Verein — hier scheinen sie ihren Gipfel nunmehr erreicht zu haben. Höher hinauf — oder tiefer hinunter? — gehts nicht — sollte man zumindest meinen. Aber das täuscht. Leute von der Sorte Euringer verstehen es immer wieder, sich selbst zu übertrumpfen.

Bengt und die Wale

Drei der bekanntesten Tierschilderer haben dem Dritten Reich seit 1933 mehrfach ihren Kotau gemacht: Svend Fleuron, Bengt Berg und Paul Eipper. Ein Deutscher und zwei Skandinavier. Sie gehören zu jenen Schriftstellern, die nur das Tier interessiert, nicht auch der Mensch. An ihnen bewahrheitet sich die Auffassung, daß Tierliebe, sofern sie nicht mit einem Interesse am Menschen Hand in Hand geht, lediglich Ersatzfühlung eines kalten Herzens bedeutet. Das hat die Drei dem Dritten Reich nahe gebracht. Mit welcher Deutung wir darauf verzichten, nach metallischeren Motiven zu suchen.

In einem deutschen Verlag ist jetzt ein neues Buch von Bengt Berg erschienen. Es handelt von bedrängten Vögeln und fordert Naturschutz für aussterbende Tiere. Bengt Berg hat es verstanden, sich den Ruf eines »Jägers mit der Kamera« zu erwerben. Die Flinte, nein, die braucht er nicht, er liebt das lebende Tier. Aber Leute, die ihn in seiner nordischen Heimat beobachten, wissen zu erzählen, daß er gern Enten schießt. Doch die rührende Legende vom Jäger mit der Kamera lebt weiter. Kurz, seine Heuchelei paßt zu seiner ruhmlosen Gleichschaltung, und einige deutsche Blätter stimmen in Besprechungen seines neuen Buches in die Klage über die verfolgte Tierwelt beweglich mit ein.

Vielleicht nimmt sich diese Presse und ihr Tierbelliger auch einmal der Walfische an, die ebenfalls im Aussterben sind und für die schon mehrfach Naturschutz gefordert wurde. Man konnte jüngst in der neudeutschen Presse lesen, daß Deutschland eine Walfängerflotte ausgerüstet hat, die gewaltige Beute für den einseitig ernährten deutschen Untertan bergen soll. Stolz wurde hervorgehoben, ein solches Schiff sei derart ausgerüstet, daß es pro Tag fünfzig Wale fangen könne. Ja, die deutsche Technik!

Bengt Berg wird dieses Buch nicht schreiben, wird den Schutz des aussterbenden Wales vor der braunen »Dynamik« nicht fordern. Denn die Ehrfurcht vorm Tier hört auf, wo die Vierjahresplan und die Devisennot anfängt, mag auch beides mit einer verrückten Politik zusammenhängen. Keiner der drei Tierdichter wird ein Veto wagen, denn Freundschaft mit dem Barbarismus macht schwache Seelen noch schwächer und heuchlerischer.

Weihnachtsgeschenk an die Arbeiter

Arbeitslosenversicherung saniert Invaliden- und Knappschaftsversicherung

Das Reichskabinett hat durch Weihnachtbeschluss das seit 1933 fällige »Gesetz über den Ausbau der Rentenversicherung« herausgebracht, für das sich die Versicherten, wie immer, sofort in Demut bedanken mußten, bevor ihnen der Inhalt auch nur andeutungsweise bekannt geworden ist. Die Nazidiktatur hatte kurz nach ihrem Machtantritt alle Sozialrenten empfindlich herabgesetzt und überdies den Bezug aufs Äußerste erschwert. Den notleidenden Invaliden der Arbeit war wiederholt angekündigt worden, daß eine Wiedergutmachung alsbald erfolgen sollte, außerdem sollten die unerträglich hohen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden.

Das neue Gesetz vom 21. Dezember 1937 bringt aber

weder eine Erhöhung der abgebauten Invalidenrenten, noch eine allgemeine Ermäßigung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung,

sondern eine Sanierung der Sozialversicherung, die in der Hauptsache von den Arbeitern und Angestellten getragen werden muß.

Die mit der üblichen Propaganda verbreiteten Verbesserungen der Invalidenversicherung beschränken sich auf einige Änderungen, die den Tiefstand der Renten in keiner Weise berühren. Die Wartezeit zum Bezug der Invalidenrente ist nach wie vor 250, die für das Altersruhegeld 750 Beitragswochen. Nun hatten sich die Vorschriften über das Erlöschen der Anwartschaft (§ 1280 RVO) rein verwaltungstechnisch längst als unhaltbar erwiesen. Die Anwartschaft galt als erloschen, wenn zwischen dem Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfall dieser Zeitraum nicht mindestens zu drei Vierteln durch Beitragsmarken belegt werden konnte. Künftig genügt es, wenn die Hälfte dieses Zeitraumes durch Marken belegt ist. In dieser Änderung, die einige bürokratische Hemmungen überwindet, liegt für die Nazis die sensationelle Verbesserung des Rentenanspruches.

Die nächsten Bestimmungen sind aus der allgemeinen Wehrpflicht, dem von den Nazis eingeführten obligatorischen Arbeitsdienst und ihrer Einstellung auf den baldigen Kriegsfall eigentlich nur selbstverständlich. Die im Arbeits- und Wehrdienst verbrachte Zeit soll auf die Wartezeit in der Invaliden- und Angestelltenversicherung angerechnet werden.

Die Witwenrente ist insofern erweitert worden, als die Witwe eines Arbeiters, ohne schon selbst invalid zu sein, die Rente erhält, sofern sie drei Kinder zu ernähren hat. Arbeiterinnen soll die Heirat erleichtert werden, indem sie die Hälfte der von ihnen selbst geleisteten Beiträge bei ihrer Verheiratung zurückertattet erhalten, eine Bestimmung, die in der Angestelltenversicherung

bereits bestanden hat. Schließlich ist eine zeitweise aufgehobene Bestimmung der RVO wieder hergestellt worden. Danach können die Waisenrente und der Kinderschutz über das 15. Lebensjahr hinaus bis zum 18. Jahr gewährt werden, wenn sich die Kinder in einer Schul- oder Berufsausbildung befinden. Das sind die Verbesserungen der Invalidenversicherung —

an den auf das Niveau von Almosen herabgedrückten Rentensätzen wird durch das Gesetz nicht das mindeste geändert,

sie liegen unter den Krisensätzen aus der Zeit der Notverordnungen unter dem Kabinettsbrüning.

Wenn weiter von einem Ausbau der Knappschaftsversicherung berichtet wird, so muß daran erinnert werden, daß die Bergarbeiter und die Bergbauangestellten im Hinblick auf das besondere Berufsrisiko bisher gewaltige Sonderleistungen an Beiträgen aufbringen mußten, während die früheren Versicherungsleistungen der Knappschaft längst auf das Niveau der allgemeinen Invalidenversicherung heruntergedrückt worden waren. Die Bergleute mußten rund 6 Prozent ihres Lohnes an die Knappschaft und gleichzeitig 6½ Prozent an die Arbeitslosenversicherung aufbringen. Diese unerträgliche Belastung hatte in den Bergrevieren eine zunehmende Unruhe erzeugt. Da jede Lohnserhöhung verhindert wurde, so blieb schließlich nur eine Ermäßigung der Beitragsleistung übrig. Wenn der Beitrag zur knappschaftlichen Pensionskasse von 9,8 auf 9 Prozent herabgesetzt wurde und der Beitrag des Bergarbeiters zur Arbeitslosenversicherung um 2½ Prozent ermäßigt worden ist, so ist damit nur jene Mehrbelastung dieser Berufsgruppe erleichtert worden, die schon längst keine Berechtigung mehr hatte, nachdem die Knappschaftsrenten abgebaut waren. Für die Bergherren ist diese Lösung immer noch weitaus billiger, als die ihnen erlassene Pflicht zur Zahlung ausreichender Löhne. Da aber auch von einer Leistungserhöhung der Knappschaft gesprochen wird, so wollen wir nicht verschweigen, daß die Pension der Bergarbeiter um 2,50 RM monatlich verbessert

worden ist. Die kaufmännischen und technischen Angestellten, die der Knappschaftsversicherung angehören mußten, sind durch das neue Gesetz zum großen Teil an die Angestelltenversicherung überführt worden, nämlich soweit sie über Tage tätig sind. Das heißt, sie haben viele Jahre die höheren Beiträge an die Knappschaft vergeblich geleistet.

Das neue Gesetz ist also in der Hauptsache eine Sanierung der Knappschaft, ohne daß die Bergarbeiterlöhne und ihre Beiträge erhöht zu werden brauchen.

Die Kosten der Sanierung trägt die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten.

Sie werden nämlich über die Beitragszahlung zur Invaliden-, Angestellten- und Arbeitslosenversicherung aufgebracht. Die Invalidenversicherung hat jährlich einen Zuschuß von 50 Millionen, die Angestelltenversicherung einen solchen von 18 Millionen RM an die Knappschaft zu leisten. Die Arbeitslosenversicherung ihrerseits leistet an die Invalidenversicherung einen jährlichen Beitrag in Höhe von 18 Prozent der Beitragsentnahmen der IV, ebenso an die Angestelltenversicherung in Höhe von 25 Prozent der Beitragsentnahme der AV. Die Beitragsermäßigung der Bergarbeiter zur Arbeitslosenversicherung beträgt jährlich rund 30 Millionen RM, die ebenfalls von der Reichsanstalt getragen werden müssen. Alle diese Sanierungszuschüsse aber tragen ausschließlich die Beitragszahler der genannten Versicherungszweige.

Die seit drei Jahren versprochene Ermäßigung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ist mit dem neuen Gesetz endgültig abgelehnt.

Der Beitrag von 6½ Prozent wird dauernd aufrecht erhalten, um damit die gesamte Sozialversicherung zu sanieren.

Nach den Bekanntmachungen der Regierung kostet die Gesamtanierung der Invaliden- und Knappschaftsversicherung 500 Millionen Mark. Die Nazi haben aber in demselben Gesetz eine Rückversicherung für die Reichsrente festgelegt. Das Gesetz bestimmt, daß die Arbeitslosenversicherung von 1935 bis 1941 jährlich 280 Millionen RM »in ein Sondervermögen des Reiches« abzuführen hat, das sind in vier Jahren 1,3 Milliarden Mark. Die Abrechnung der Reichsanstalt ergibt allerdings, daß für Unterstützung nur ein Drittel der Beitragsentnahme verausgabt werden, die 1,6 Milliarden jährlich beträgt. Die Arbeiter und Angestellten, die 6½ Prozent Steuer vom Lohn als Beitrag zur Reichsanstalt entrichten, sanieren also nicht nur die übrige Sozialversicherung, sondern decken gleichzeitig einen Teil des Reichsdefizits für die Kriegswirtschaft.

Im »Vorspruch des neuen Gesetzes« heißt es:

»Die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit macht den Weg frei, den Bestand der Rentenversicherung des deutschen Volkes endgültig sicherzustellen und den Ausbau ihrer Leistungen nach nationalsozialistischen Grundsätzen einzuleiten.«

Das neue Gesetz spiegelt diese Grundsätze deutlich wider: Beibehaltung des Lohns, Beibehaltung der Sondersteuer zur Reichsanstalt, Beibehaltung der Elendrenten und Reserven für die Reichskriegskasse.

nächst ein Oberbannführer namens Hering. Er berief sich auf eine »oben herausgegebene Statistik« und sagte:

»In Ostpreußen erhielten 62,1 Prozent aller Jungen und Mädchen, die einen Beruf ausüben, überhaupt keinen Urlaub, 32,4 nur einen ungenügenden und 5,5 Prozent den tarifmäßigen Urlaub.«

In anderen Landesteilen sieht es nicht viel besser aus, aber dort begnügt man sich damit, in allen Zeitschriften niedliche Photographien jener fünf Jugendlichen zu veröffentlichen, die unter hundert Altersgenossen den ihnen zustehenden Urlaub »in Sonne und Licht genießen durften«. Tage, an denen nicht gearbeitet wird, gibt es übrigens bei allen genug. Aber die sind mit HJ-Dienst ausgefüllt.

Nach dem unbequemen Hering sprach der Gauobmann der deutschen Arbeitsfront Magnun und hieb in die gleiche Kerbe (wir zitieren nach der »Preußischen Zeitung« Nr. 337):

»Längst ist noch nicht alles geschehen, was noch geschehen muß. Wir wissen es ganz genau, daß heute das Einkommen vieler Arbeitskamaraden noch nicht so ist, wie wir es uns eigentlich wünschen.«

Ja, dieser zweite Meckerer wagte sogar »einen Appell an die Führerschicht, nichts zu versprechen, was man nicht halten könnte. Als ob das im Wesen der nationalsozialistischen Führer, etwa des Dr. Ley, läge!

Kernsprüche und Rohstoffnot

In Deutschland ist es den Kleinhändlern vom 1. Dezember 1937 an verboten, Brennstoffmaterialien aller Art — Kohlen, Holz usw. — in Papier, Papiertüten oder »sonstigen Papier- und Pappemüllungen« abzugeben. Holzstücke sind, da es auch an Drahtbändern und Bindfaden fehlt, einzeln unter den Arm zu klemmen. Trotz dieser einschneidenden Maßnahme scheinen gewisse deutsche Volksgenossen den Vierjahresplan und die daraus folgende Rohstoffknappheit noch nicht begriffen zu haben. Die Arbeitsfront-Zeitschrift »Der Arbeitermann« klagt z. B. bitter über das Treiben verantwortungsloser Papierverschwender:

»Man errechne den Papierbedarf, der allein dazu aufgewendet wird, um die Menschheit mit Kernsprüchen zu beglücken. Etwa: »Fasse dich kurz!« im Zimmer eines Bürochefs, und unter diesem Karton sitzt der Bürochef mit seinem Besucher und unterhält sich eine Dreißig-Pfeinnig-Zigarre lang über das Wetter.«

Er unterhält sich über das Wetter, weil ihm und seinem Betrieb zum Arbeiten die Rohstoffe fehlen. Die Rohstoffe fehlen offenbar, weil in ganz Deutschland zu viele Kernsprüche herumwimmeln. Es wimmeln so viele Kernsprüche herum, weil die Rohstoffe fehlen... und so weiter. Ein Circulus vitiosus.

Keine Hauszinssteuer-Stundung mehr

Eine kleine unauffällige Notiz ging dieser Tage durch die deutschen Zeitungen. In den meisten verkroch sie sich in winzigem Nonpareilledruck in die hinterste verborgene Ecke des Blattes. In dürrem Amtsstubendeutsch, ganz ohne Göbbelsschwung, wurde da eine Verordnung bekanntgegeben, deren Inhalt sich auch wenig dazu eignet, in den täglichen Leitartikel-Hymnen auf das braune Paradies berücksichtigt zu werden...

Um was handelt es sich? Kurz herausgesagt: ganz einfach darum, daß von einem nahen Zeitpunkt ab Anträge auf Erlassung der Hauszinssteuer keinesfalls mehr Berücksichtigung finden werden.

Und was bedeutet das? Das bedeutet, daß alle Armen und Notleidenden, alle Wohlfahrtsunterstützten, alle Kriegsinvaliden, Kleinrentner usw. nunmehr die hohe Hauszinssteuer bezahlen müssen, — — wenn sie es können. Andernfalls kommt der Volksgenosse Gerichtsvollzieher und setzt die Aermpfen auf die Straße.

In der Republikzeit war durch allerhand Maßnahmen dafür gesorgt worden, daß notleidenden Menschen die Bezahlung der Wohnmiete erleichtert wurde. Das geschah unter anderem dadurch, daß man ihnen die Hauszinssteuer erließ. Bis jetzt hatte man diesen Brauch auch im Dritten Reich beibehalten. Nun wird damit Schluß gemacht.

In der erwähnten Verordnung werden die von ihr hart Betroffenen übrigens auch gleich ermahnt, sich nach billigeren Wohnungen umzusehen, da viele von ihnen »über

ihre Verhältnisse« leben. »Über ihre Verhältnisse« — man wird diesen armen Menschen, die etwa mit wöchentlich 8 Mark Wohlfahrtsgeld ihre Existenz fristen, man wird ihnen den fürstlichen Wohnluxus, den sie bisher betrieben haben, nun austreiben, jawohl.

Manche von ihnen haben übrigens Wohnungen inne, deren Miete »über ihre Verhältnisse« hinausgeht. Das sind meist Kleinrentnerinnen, die sich durch das mühsame, kümmerliche und undankbare Geschäft des »Abvermietens« bisher ein paar Mark monatlich verdienten, was ihnen nur bei Erlassung der Hauszinssteuer möglich war, da sie dem Untermieter keinerlei Eleganz und Luxus zu bieten vermochten und also nicht sehr konkurrenzfähig sein konnten...

Alle diese kümmerlichen, mitleiderweckenden Existenzen, Opfer des Krieges und einer sinnlosen Wirtschaftsordnung, werden nun im Zeichen des braunen »Sozialismus« eine Stufe weiter ins Elendstundel hinabgestoßen.

Die Herren Anführer bauen sich unterdessen einen Villenpalast und einen »Land-sitz« nach dem andern. Sie können mit Freude und Leichtigkeit Hauszinssteuer bezahlen — — aus der Tasche der Opfer.

»Volksgemeinschaft«...

Wohnungsnot in Berlin

Die Wohnungsverhältnisse in Berlin waren von jeher für Arbeiterfamilien höchst ungünstig, und erst die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit hat durch eine soziale Wohnbaupolitik in den Nachkriegsjahren vieles besser gestaltet.

Damit ist es seit beinahe fünf Jahren vorbei. Wie sehr gerade in Berlin, wo die Nationalsozialisten kostspielige Bauprojekte durchführen, der Wohnungsbau in der neuesten Zeit vernachlässigt wird, zeigt ein Vergleich der Berliner Neubautätigkeit im November 1937 mit dem gleichen Monat des Vorjahres. Es ergeben sich folgende Ziffern:

	November	1936	1937
Bauerlaubnisse	678	544	
Davon Wohngebäude	609	471	
Begonnen wurden Bauten	805	580	
Darunter Wohngebäude	730	513	
Wohnungen	2803	1575	
Fertiggestellte öffentliche und gewerbliche Gebäude	41	82	
Fertiggestellte Neuwohnungen	1440	1136	

Von diesen im November 1937 fertiggestellten Neuwohnungen waren 659 Kleinwohnungen. Im gleichen Vorjahrsmonat waren noch 1194 Kleinwohnungen fertiggestellt worden! Der Rückgang ist demnach mit fast 50 Prozent bei den Kleinwohnungen am stärksten. Lediglich die Zahl der neuerstandenen öffentlichen Gebäude, Kasernen, Parteipaläste usw. hat sich vermehrt, und zwar genau um 100 Prozent!

Zwei Redner sagen die Wahrheit

Auf den Kundgebungen, die in ganz Deutschland den »Reichsberufswettkampf« einleiteten, wurde wie gewöhnlich, viel gelogen. Desto mehr fiel es auf, daß in einem Winkel des Reiches gleich zwei Redner sich verschworen hatten, ein paar Wahrheiten einzuflechten. In der Tenderhalle der Schichauwerke zu Elbing, Ostpreußen, sprach zu-

Neuer Vorwärts Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2. (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lev 8.— (96.—), Danzig Gold. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.84), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Rumänien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto »Neuer Vorwärts«, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Belgrad Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.